

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 18. Januar 1928
10. Jahrgang Nummer 16

Verlag: Inhaber: Dr. H. G. ...
Preis: Inhaber: Dr. H. G. ...

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverleger: Dr. H. G. ...
Verlag: Inhaber: Dr. H. G. ...

Es gärt im Zentrum!

Empörung der christlichen Arbeiter

(Sig. Bericht.) Berlin, 17. Januar.

Die Rede des christlichen Gewerkschaftsführers Imbusch hat nicht nur im Zentrum, sondern in der gesamten Presse ein lebhaftes Echo geweckt. Während sämtliche großen Berliner Zeitungen nur das Verbot kolportieren, daß der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Dr. Stegerwald, sein Amt als zweiter Vorsitzender der Zentrumsparlei niederzulegen beabsichtigt, meldet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von heute abend bereits die Tatsache, daß Stegerwald den Posten des zweiten Vorsitzenden der Zentrumsparlei niedergelegt hat.

Wie wir hören, tritt der Reichsparteivorstand des Zentrums am Mittwochabend zusammen, um sich mit den Vorgängen und Auseinandersetzungen zwischen den Zentrumsführern zu beschäftigen und es veranlaßt, daß Marx im engeren Kreise seine Angriffe gegen Stegerwald etwas abzumildern und umzudeuten versuchen wird, und daß der Zentrumsvorstand hofft, den Rücktritt Stegerwalds noch rückgängig machen zu können.

Je näher die Wahlen herankommen, desto nervöser wird es in den Spitzeln der Zentrumsparlei. Immer wieder kommt die Empörung der katholischen Arbeiter über die Bürgerblockpolitik der Zentrumsparlei zum Durchbruch und keine noch so geschickte Vertuschungsmethode vermag diese oppositionellen Strömungen aufzuhalten.

Sogar Leute wie Stegerwald und v. Sverdrup, die bekanntlich stets auf dem rechten Flügel der Zentrumsparlei gestanden haben, fühlen sich bemüht, radikale Reden zu halten. Den größten Triumph spielt aber, wie gewöhnlich, der christliche Bergarbeiterführer Imbusch aus. In seiner neuesten Rede in Oberhausen richtete er die schärfsten persönlichen Angriffe gegen seinen Parteigenossen Marx. Er polemisierte aufs heftigste dagegen, daß man dem Reichskanzler 9000 Mark Zulage bewilligt habe, zu einer Zeit, in der sich

mancher nicht fassen könne. Die Aeußerung des Reichskanzlers, daß die Zentrumsparlei keine republikanische Partei sei, zeige deutlich den offenen Kurs auf die Deutschnationalen hin. Imbusch teilte mit, daß er in letzter Zeit zahlreiche Briefe erhalten habe, in denen er aufgefordert werde, endlich eine neue christliche Arbeiterparlei zu gründen. Imbusch wandte sich mit Entschiedenheit gegen diese Neugründung. Man müsse im Zentrum bleiben, um es zu einer richtigen christlichen Partei zu machen. Allenfalls könne man dem Gedanken nähere treten, eigene oppositionelle Kandidaten gegen die offiziellen Zentrumskandidaten aufzustellen.

Es ist das alte Lied: Radikalismus bis dort hinaus, diesmal sogar gesteigert bis zur Androhung oppositioneller Kandidaten! Aber diese ganze Oppositionsmacherei bleibt doch grundsätzlich im Rahmen der Zentrumsparlei. Das heißt, letzten Endes nimmt Imbusch die Schimpflichkeit für sich in Anspruch, um die katholischen Arbeiter mit der Illusion zu erfüllen, als könnte durch solch radikales Getue die Bürgerblockpolitik des Zentrums verhindert werden.

Ein treuer Knecht bleibt Fridolin

Witz für Marx.

Um die ausbegehrenden katholischen Arbeiter bei der Spitze des Zentrums zu halten, vertrieb sich die oberösterreichische Zentrumsleitung den Prälaten Witz für eine öffentliche Kundgebung in Deuten. Die Ausführungen des Redners gipfelten in einer Verteidigung der offiziellen Zentrumspolitik und des Reichskanzlers. Besonders bemühte sich der Redner um die Gunst der Beamten. Er versprach, daß sich das Zentrum für eine Veränderung der Ortsklasseneinteilung einsetzen werde. Auf Vorschlag Witzs sandte die Versammlung ein „Glückwunschtelegramm“ an Marx.

Vom Streit in Mitteldeutschland

Arbeitskündigung auch in Anhalt und Dessau — Abwürgungsabsichten der Reformisten?

Halle, 18. Januar. (Sig. Draht.) Die Lage im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik hat sich im Laufe des heutigen Tages noch wesentlich zugunsten der Streikenden gebessert. In Halle gingen die Belegschaften einzelner Mittelbetriebe, z. B. Weise & Monstky, die gestern noch nicht im Streik waren und die im Durchschnitt eine Belegschaftszahl von 250 Mann aufzuweisen haben, heraus. In Weisefels streikten seit heute morgen die beiden einzigen Metallbetriebe. Das Abstimmungsergebnis ergab in dem einen Betrieb 278 für den Streik, 50 dagegen; im zweiten Betrieb 75 für den Streik, 10 dagegen und 4 ungültige Stimmen. Die Stimmung unter der Metallarbeiterchaft ist weiterhin günstig.

Die Bezirksleitung des MAB. hat einen Situationsbericht an die sozialdemokratische, nicht aber an die viel weiter verbreitete kommunistische Presse gegeben, in dem es u. a. heißt, daß der Streik von der Mitgliedschaft allseitig begrüßt wurde. Im Anhalter Gebiet, wo in Dessau und einigen anderen Orten Kündigungen befohlen, sind im Laufe des Montags die Kündigungen eingereicht worden, die am Sonnabend ablaufen. Es ist also damit zu rechnen, daß ab Montag nächster Woche der größte Teil der Metallarbeiter im Streik steht, wenn nicht schon zuvor die Metallindustriellen beginnen auszusperren.

Die Verbandsleitung in Halle hat zu Donnerstag vormittag eine Funktionärsversammlung anberaumt, in der zu dem voraussichtlich vom Reichsarbeitsminister gefällten und für verbindlich erklärten Schiedspruch Stellung genommen werden soll. Da schon am Abend vorher die Reformisten eine Funktionärskonferenz haben, ist damit zu rechnen, daß die Bürokratie versuchen wird, den Metallarbeiterstreik auf jeden Fall bis dahin abzuwürgen. Unter der Metallarbeiterchaft, besonders in Halle, ist eine starke Stimmung dagegen vorhanden und allgemein wird gefordert, nur dann in die Betriebe zu gehen, wenn die geforderten 15 Pf. Lohnerhöhung pro Mann und Stunde restlos bewilligt sind.

Die gestern in Berlin stattgefundenen Verhandlungen wurden abgebrochen. Sie werden morgen Donnerstag fortgesetzt.

16. Güntertönige lehnen Gehalts- erhöhung ab

H. Gleiwitz, 17. Januar. Der von der ober-schlesischen Schlichterkammer in der vorigen Woche gefällte Schiedspruch, der eine Gehaltserhöhung für die Angehörigen der ober-schlesischen Schwer-

industrie rückwirkend ab 1. Januar um 6 1/2 Prozent vorsieht, ist von den Arbeitgebern abgelehnt worden. Die Arbeitnehmer nahmen den Schiedspruch an und beantragten beim Reichsarbeitsminister seine Verbindlichkeitsklärung.

Die ablehnende Haltung der Schwerindustriellen muß die Angehörigen veranlassen, Schulter an Schulter mit den Arbeitern den Kampf zu führen.

Vom Tage

Im Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen wurde die Verlängerung der Gültigkeit des Reichsmietengesetzes bis zum 31. März 1931 beschlossen.

Die Staatsanwaltschaft hat bisher weder den Abjender noch den Empfänger der im Kieler Hafen beschlagnahmten Munition feststellen können.

Strefemann wird wegen angeblicher Erkrankung einen längeren Urlaub antreten.

Der Prager Disziplinargerichtshof degradierte den ehemaligen tschechoslowakischen Generalstabschef und späteren Festschriftensführer Gajda wegen Spionage zum gemeinen Soldaten.

Nach Mitteilungen der „Zürcher Post“ ist die Mehrzahl der rund 130 000 Italiener in der Schweiz schweizerischen Organisationen angeschlossen.

Der litauische Oberkommandierende, General Jukauskas, der im Dezember 1927 für eine Koalitionsregierung eintrat, wurde seines Postens enthoben.

Die Antwortnote Litauens ist dem polnischen Sonderkurier in Rom überreicht worden.

In London hat ein Spionageprozess gegen den Engländer Mac Cartney und den deutschen Studenten Georg Hansen begonnen.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion erklärt die Nachricht von der angeblichen Absendung eines Todesurteils gegen den Papst für eine böswillige und lächerliche Erfindung.

Die erste Landtagsfikung

Breslauer Eingemeindungsfrage — Dbuschs Anklagen gegen den Femeauschuß

(Sig. Draht.) Berlin, 18. Januar.

Nach mehr als vierwöchiger Weihnachtspause nahm der Landtag gestern seine Plenarsitzungen wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Ultralinke Parteil-Fresfeld eine lange Erklärung, in der er im Stille des „Vorwärts“ seine läugerischen Behauptungen noch einmal wiederholte. Herr Partels beabsichtigte damit unzweifelhaft, die Kommunisten zu einer Auseinandersetzung mit ihm vor den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie im Parlament herauszufordern. Die kommunistische Fraktion lehnte es ab, den Parteien ein Caudium zu bereiten.

Auf Antrag des Genossen Kapper wurden sodann die Anträge der kommunistischen Fraktion zum Verbot des NFV in Köln und über die Mißstände in der Verwaltung des Saalekreises ohne Debatte der Beratung im Ausschuß überwiesen. Auf der Tagesordnung standen eine Reihe kleinerer Vorlagen, darunter ein Geseztentwurf, nach dem ab 1. April 1928 mehr als 50 bisher selbständige Gemeinden nach Breslau eingemeindet werden sollen. Die Vorlage wurde zur Beratung an den Gemeindevorschau überwiesen. Zum Schluß wurde ein völkischer Antrag verhandelt, in dem sich Wulle darüber beschwert, daß er noch immer nicht zu den Beschuldigungen, die Grüte-Verder gegen ihn richtete, gehört worden sei. Die Völkischen beantragen, im Feme-Ausschuß das Verhalten der Justiz, die den Abgeordneten Wulle gegen Beschuldigungen der Presse nicht genug in Schutz genommen habe, zu untersuchen. Nach der Begründung des Antrages durch den völkischen Abgeordneten Oberjustizrat a. D. Dr. Körner kam es zu einer Feme-Debatte.

Genosse Dbusch nahm die Gelegenheit wahr, mit der Tätigkeit des Feme-Ausschusses insgesamt vor der Öffentlichkeit abzurechnen. Er führte aus: Die Völkischen können sich ruhig an den Feme-Ausschuß wenden, im Vertrauen darauf, daß er auch bei dieser Untersuchung nichts leisten wird. Durch die Anträge der Kommunisten hatte der Ausschuß Gelegenheit erhalten, zwei wirklich bedeutende politische Fragen aufzuklären:

1. Wie war die Einrichtung und Wirksamkeit der Feme unter amtlicher Deckung der Reichswehr möglich?
2. Wie konnte die Feme bestehen und die große Zahl von Morden begangen werden, ohne daß die Justiz eingriff?

Um Einzelheiten einer einzelnen Mordtat aufzuklären, bedurfte es nicht der Einsetzung eines Parlaments-Ausschusses. Es stellte sich heraus, daß sowohl Schuldige in allen bürgerlichen Parteien und auch in der Sozialdemokratie vorhanden waren, daß der Ausschuß eine wirkliche Ermittlung der Wahrheit niemals gewollt hat.

Gefahrlos konnten die Völkischen den Fall Wulle-Kube einer solchen Instanz zur „Untersuchung“ anvertrauen. Obwohl Grüte-Verder aus der deutschnationalen Jugendgruppe in Hermsdorf die Waffe zur Ausführung der Mordtat geliefert erhielt und bei dem ersten Mordanschlag Steltenlamp als Mittäter bei sich hatte, ist außer ihm selbst kein einziger Zeuge über den Sachverhalt vom Ausschuß gehört worden. Der „Montag-Morgen“ hatte nach den Freisprechungen von allen Mordanschlägen in Landsberg den Oberleutnant Schulz als Sieger mit großem Lorbeerkranz abgebildet. Herr Wulle möchte als Sieger mit Lorbeerkranz ebenso aus dem Feme-Ausschuß hervorgehen.

Monatelang hat der Feme-Ausschuß keine Sitzungen abgehalten und bis heute keinen einzigen Fall erledigt. (!) Seine Protokolle werden als Drucksachen nicht herausgegeben. Die Verschleppung dieser Arbeit verfolgt den Zweck, ihn ebenso ergebnislos auseinandergehen zu lassen, wie den Untersuchungsausschuß, der wegen der Arbeitermorde 1918/19 im vorhergehenden Landtag eingesetzt war. Der Kampf um die wirkliche Verantwortlichkeit für die Feme wird heute außerhalb des Ausschusses geführt. So kürzlich im Presseprozess gegen die „Weltbühne“, in dem der im Stich gelassene Oberleutnant Schulz die Kenntnis der Tatsachen und ihre Verantwortung durch das Reichswehrministerium zugestanden hat. Allein es handelt sich heute politisch überhaupt nicht mehr um die Femeermorde. Heute werden die ungeschlichen Einrichtungen der Reichswehr und ihre geheimen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg geschildert durch Landesverratsverfahren vor dem Reichsgericht. Dort steht die Feme der Gegenwart. Ihr gilt heute der Kampf, in dem die kommunistische Partei wiederum an der Spitze stehen wird. Wir bitten nur Herrn Gessler, wenn

Arbeiter-Zeitung

Mittwoch, 18. Januar 1928
10. Jahrgang Nummer 15

Versteht sich mit Ausnahme der Sonntags- und Feiertagsausgaben.
Preis: wöchentlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk., Einzelnummer 10 Pf.
Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Streifenband 2,50 Mk.
Anzeigenpreis: Die achteckige Millimeterzeile über deren
Raum 12 Pf., Vereins- und Versammlungsanzeigen 6 Pf., Werbean-
preis: Die dreieckige Millimeterzeile über deren Raum im Text
70 Pf. — Schluss der Inseratenannahme in der Haupt-Expedition
8 Uhr; in den Filial-Expeditionen am Tage vorher bis spätestens 12 Uhr.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptexpedition: Breslau 10, Krasnitzer Straße 50, Telefon
4719. Postfach 1012. Breslau 644, Rebellstraße, Breslau,
Krasnitzer Straße 50, Telefon Ring 2837. Geschäfts- und Redaktions-
raum: von 12-13 Uhr, Montags bis Freitags von 17-18 Uhr. — Filial-
Expeditionen: Gietow, Wilhelmstraße 26, Telefon 1066.
Gzitz: Kunig, Telefon 2324. Geschäftsstelle von 6-10 Uhr, Geschäfts-
raum am Hauptbahnhof Breslau. — Verlags-Verlagsgesellschaft
m. b. H., Breslau. — Druck: „Faubus“ Berlin, Fil. Breslau, Krasnitzer Str. 50.

Es gärt im Zentrum!

Empörung der christlichen Arbeiter

(Eig. Bericht.) Berlin, 17. Januar.

Die Rede des christlichen Gewerkschaftsführers Imbusch hat nicht nur im Zentrum, sondern in der gesamten Presse ein lebhaftes Echo geweckt. Während sämtliche großen Berliner Zeitungen nur das Gerücht kolportieren, daß der Vorsitzende der christlichen Gewerkschaften, Dr. Stegerwald, sein Amt als zweiter Vorsitzender der Zentrumsparlei niederzulegen beabsichtigt, meldet die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ von heute abend bereits die Tatsache, daß Stegerwald den Posten des zweiten Vorsitzenden der Zentrumsparlei niedergelegt hat.

Wie wir hören, tritt der Reichsparteivorstand des Zentrums am Mittwochnachmittag zusammen, um sich mit den Vorgängen und Auseinandersetzungen zwischen den Zentrumsführern zu beschäftigen und es verläutet, daß März im engeren Kreise keine Angriffe gegen Stegerwald etwas abzuschwächen und umzubeden versuchen wird, und daß der Zentrumsvorstand hofft, den Rücktritt Stegerwalds noch rückgängig machen zu können.

*

Je näher die Wahlen herankommen, desto nervöser wird es in den Spitzen der Zentrumsparlei. Immer wieder kommt die Empörung der katholischen Arbeiter über die Bürgerblockpolitik der Zentrumsparlei zum Durchbruch und keine noch so geschickte Vertuschungsmethode vermag diese oppositionellen Strömungen aufzuhalten.

Sogar Leute wie Stegerwald und v. Gierard, die bekanntlich stets auf dem rechten Flügel der Zentrumsparlei gestanden haben, fühlen sich bemüht, radikale Reden zu halten. Den größten Trumpf spielt aber, wie gewöhnlich, der christliche Bergarbeiterführer Imbusch aus. In seiner neuesten Rede in Oberhausen richtete er die schärfsten persönlichen Angriffe gegen seinen Parteigenossen Marx. Er polemisierte aufs heftigste dagegen, daß man dem Reichszentralrat 9000 Mark Zulage bewilligt habe, zu einer Zeit, in der sich

mancher nicht fassen könne. Die Neugründung des Reichszentralrats, daß die Zentrumsparlei keine republikanische Partei sei, zeige deutlich den offenen Kurs auf die Deutschnationalen hin. Imbusch teilte mit, daß er in letzter Zeit zahlreiche Briefe erhalten habe, in denen er aufgefordert werde, endlich eine neue christliche Arbeiterparlei zu gründen. Imbusch wandte sich mit Entschiedenheit gegen diese Neugründung. Man müsse im Zentrum bleiben, um es zu einer richtigen christlichen Partei zu machen. Allenfalls könne man dem Gedanken näbertreten, eigene oppositionelle Kandidaten gegen die offiziellen Zentrumskandidaten aufzustellen.

Es ist das alte Lied: Radikalismus bis dort hinaus, diesmal sogar gesteigert bis zur Androhung oppositioneller Kandidaten! Aber diese ganze Oppositionsmacherei bleibt doch grundsätzlich im Rahmen der Zentrumsparlei. Das heißt, letzten Endes nimmt Imbusch die Schimpffreiheit für sich in Anspruch, um die katholischen Arbeiter mit der Illusion zu erfüllen, als könnte durch solch radikales Getue die Bürgerblockpolitik des Zentrums verhindert werden.

Ein treuer Knecht bleibt Fridolin

Ulfta für Marx.

Um die ausbegehrenden katholischen Arbeiter bei der Stange des Zentrums zu halten, verschrüb sich die ober-schlesische Zentrumsleitung den Prälaten Ulfta für eine öffentliche Kundgebung in Deuthen. Die Ausführungen des Redners gipfelten in einer Verteidigung der offiziellen Zentrumspolitik und des Reichszentralrats. Besonders bemühte sich der Redner um die Gunst der Beamten. Er versprach, daß sich das Zentrum für eine Veränderung der Dienstklasseneinteilung einsetzen werde. Auf Vorschlag Ulftas sandte die Versammlung ein „Glückwunschtelegramm“ an Marx.

Vom Streik in Mitteldeutschland

Arbeitskündigung auch in Anhalt und Dessau — Abwürgungsabsichten der Reformisten?

Halle, 18. Januar. (Eig. Draht.) Die Lage im mitteldeutschen Metallarbeiterstreik hat sich im Laufe des heutigen Tages noch wesentlich zugunsten der Streikenden gebessert. In Halle gingen die Belegschaften einzelner Mittelbetriebe, z. B. Weise & Wonsky, die gestern noch nicht im Streik waren und die im Durchschnitt eine Belegschaftszahl von 250 Mann aufzuweisen haben, heraus. In Weisefels streiken seit heute morgen die beiden einzigen Metallbetriebe. Das Abstimmungsergebnis ergab in dem einen Betriebe 278 für den Streik, 50 dagegen; im zweiten Betrieb 75 für den Streik, 10 dagegen und 4 ungültige Stimmen. Die Stimmung unter der Metallarbeiterchaft ist weiterhin günstig.

Die Bezirksleitung des KPD. hat einen Situationsbericht an die sozialdemokratische, nicht aber an die viel weiter verbreitete kommunistische Presse gegeben, in dem es u. a. heißt, daß der Streik von der Mitgliedschaft allseitig begrüßt wurde. Im Anhalter Gebiet, wo in Dessau und einigen anderen Orten Kündigungen bestehen, sind im Laufe des Montags die Kündigungen eingereicht worden, die am Sonnabend ablaufen. Es ist also damit zu rechnen, daß ab Montag nächster Woche der größte Teil der Metallarbeiter im Streik steht, wenn nicht schon zuvor die Metallindustriellen beginnen auszusperren.

Die Verbandsleitung in Halle hat zu Donnerstag vormittag eine Funktionärerversammlung anberaumt, in der zu dem voraussichtlich vom Reichsarbeitsminister gefällten und für verbindlich erklärten Schiedspruch Stellung genommen werden soll. Da schon am Abend vorher die Reformisten eine Funktionärerversammlung haben, ist damit zu rechnen, daß die Bürokratie versuchen wird, den Metallarbeiterstreik auf jeden Fall bis dahin abzuwürgen. Unter der Metallarbeiterchaft, besonders in Halle, ist eine starke Stimmung dagegen vorhanden und allgemein wird gefordert, nur dann in die Betriebe zu gehen, wenn die geforderten 15 Pf. Lohnhöhung pro Mann und Stunde restlos bewilligt sind.

Die gestern in Berlin stattgefundenen Verhandlungen wurden abgebrochen. Sie werden morgen Donnerstag fortgesetzt.

16. Güttenkönige leben Gehalts- erhöhung ab

M. Gleimig, 17. Januar. Der von der ober-schlesischen Schlichterkammer in der vorigen Woche gefällte Schiedspruch, der eine Gehaltserhöhung für die Angehörigen der ober-schlesischen Schwer-

industrie rückwirkend ab 1. Januar um 6½ Prozent vorsieht, ist von den Arbeitgeberern abgelehnt worden. Die Arbeitnehmer nahmen den Schiedspruch an und beantragten beim Reichsarbeitsminister seine Verbindlichkeitsklärung.

Die ablehnende Haltung der Schwerindustriellen muß die Angestellten veranlassen, Schulter an Schulter mit den Arbeitern den Kampf zu führen.

Vom Tage

Im Reichstagsausschuß für das Wohnungswesen wurde die Verlängerung der Gültigkeit des Reichsmietengesetzes bis zum 31. März 1931 beschlossen.

Die Staatsanwaltschaft hat bisher weder den Abseher noch den Empfänger der in Kieker Hasen beschlagnahmten Munition feststellen können.

Stresemann wird wegen angeblicher Erkrankung einen längeren Urlaub antreten.

Der Prager Disziplinargerichtshof degraderte den ehemaligen tschechoslowakischen Generalstabchef und späteren Gefolgsmann Gajda wegen Spionage zum gemeinen Soldaten.

Nach Mitteilungen der „Zürcher Post“ ist die Mehrzahl der rund 130 000 Italiener in der Schweiz schweizerischen Organisationen angeschlossen.

Der litauische Oberkommandierende, General Zukauska, der im Dezember 1927 für eine Koalitionsregierung eintrat, wurde seines Postens enthoben.

Die Antwortnote Litauens ist dem polnischen Sonderkurier in Kowno überreicht worden.

In London hat ein Spionageprozeß gegen den Engländer Mac Carney und den deutschen Studenten Georg Hansen begonnen.

Die Telegraphenagentur der Sowjetunion erklärt die Nachricht von der angeblichen Absehung eines Todesurteils gegen den Papst für eine böswillige und lächerliche Erfindung.

Die erste Landtagsfikung

Breslauer Eingemeindungsfrage — Obduchs Anklagen gegen den Gemeindevorstand

(Eig. Draht.) Berlin, 18. Januar.

Nach mehr als vierwöchiger Weihnachtspause nahm der Landtag gestern seine Plenarsitzungen wieder auf. Vor Eintritt in die Tagesordnung verlas der Ultralinte Bartels-Kreisfeld eine lange Erklärung, in der er im Stile des „Vorwärts“ seine sängerischen Behauptungen noch einmal wiederholte. Herr Bartels beabsichtigte damit unzuweifelhaft, die Kommunisten zu einer Auseinandersetzung mit ihm vor den bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie im Parlament herauszufordern. Die kommunistische Fraktion lehnte es ab, den Parteien ein Gaudium zu bereiten.

Auf Antrag des Genossen Kasper wurden sodann die Anträge der kommunistischen Fraktion zum Verbot des KFFV in Köln und über die Mißstände in der Verwaltung des Saalekreises ohne Debatte der Beratung im Ausschuß überwiesen. Auf der Tagesordnung standen eine Reihe kleinerer Vorlagen, darunter ein Gesetzentwurf, nach dem ab 1. April 1928 mehr als 50 bisher selbständige Gemeinden nach Breslau eingemeindet werden sollen. Die Vorlage wurde zur Beratung an den Gemeindevorstand überwiesen. Zum Schluß wurde ein völkischer Antrag verhandelt, in dem sich Wulle darüber beschwert, daß er noch immer nicht zu den Beschuldigten, die Grütze-Lehder gegen ihn richtete, gehört worden sei. Die Völkischen beantragten, im Gemeindevorstand das Verhalten der Justiz, die den Abgeordneten Wulle gegen Verleumdungen der Presse nicht genug in Schutz genommen habe, zu untersuchen. Nach der Begründung des Antrages durch den völkischen Abgeordneten Oberjustizrat a. D. Dr. Körner kam es zu einer Gemeindevorstand-Debatte.

Genosse Obduch nahm die Gelegenheit wahr, mit der Tätigkeit des Gemeindevorstandes insgesamt vor der Öffentlichkeit abzurechnen. Er führte aus: Die Völkischen können sich ruhig an den Gemeindevorstand wenden, im Vertrauen darauf, daß er auch bei dieser Untersuchung nichts leisten wird. Durch die Anträge der Kommunisten hatte der Ausschuß Gelegenheit erhalten, zwei wirklich bedeutende politische Fragen aufzuklären:

1. Wie war die Einrichtung und Wirksamkeit der Gemeindevorstand-Untersuchung der Reichswehr möglich?
2. Wie konnte die Gemeindevorstand-Untersuchung und die große Zahl von Worten begangen werden, ohne daß die Justiz eingriff?

Um Einzelheiten einer einzelnen Mordtat aufzuklären, bedurfte es nicht der Einsetzung eines Parlaments-Ausschusses. Es stellte sich heraus, daß soviel Schuldige in allen bürgerlichen Parteien und auch in der Sozialdemokratie vorhanden waren, daß der Ausschuß eine wirkliche Ermittlung der Wahrheit niemals gewollt hat.

Gefahrlos konnten die Völkischen den Fall Wulle-Kube einer solchen Instanz zur „Untersuchung“ anvertrauen. Obwohl Grütze-Lehder aus der deutschnationalen Jugendgruppe in Hermsdorf die Waffe zur Ausführung der Mordtat geliefert erhielt und bei dem ersten Mordanschlag Stellenkampf als Mitäter bei sich hatte, ist außer ihm selbst kein einziger Zeuge über den Sachverhalt vom Ausschuß gehört worden. Der „Montag-Morgen“ hatte nach den Freisprechungen von allen Mordanschlägen in Landsberg den Oberleutnant Schulz als Sieger mit großem Lorbeerkranz abgebildet. Herr Wulle möchte als Sieger mit Lorbeerkranz ebenso aus dem Gemeindevorstand hervorgehen.

Monatelang hat der Gemeindevorstand keine Sitzungen abgehalten und bis heute keinen einzigen Fall erledigt. (!) Seine Protokolle werden als Drucksachen nicht herausgegeben. Die Verschleppung dieser Arbeit verfolgt den Zweck, ihn ebenso ergebnislos auseinandergehen zu lassen, wie den Untersuchungsausschuß, der wegen der Arbeitermorde 1918/19 im vorhergehenden Landtag eingesetzt war. Der Kampf um die wirkliche Verantwortlichkeit für die Gemeindevorstand-Untersuchung wird heute außerhalb des Ausschusses geführt. So kürzlich im Presseprozeß gegen die „Weltbühne“, in dem der im Stütz gelassene Oberleutnant Schulz die Kenntnis der Tatsachen und ihre Verantwortung durch das Reichswehrministerium zugestanden hat. Allein es handelt sich heute politisch überhaupt nicht mehr um die Gemeindevorstand-Untersuchung und ihre geheimen Vorbereitungen zum Bürgerkrieg geführt durch Landesverratsverfahren vor dem Reichsgericht. Dort steht die Gemeindevorstand-Untersuchung. Ihr gilt heute der Kampf, in dem die kommunistische Partei wiederum an der Spitze stehen wird. Wir bitten nur Herrn Geiler, wenn

„Roste will schon...“

Wirrwar in der sozialdemokratischen Presse

Die sozialdemokratische Presse versuchte zunächst unsere Mitteilungen über die Kandidatur Rostes zu vertuschen. Aber dieser Versuch mißlang, und die Empörung der sozialdemokratischen Arbeiter stieg immer mehr. Das spiegelt sich in dem großen Wirrwar wieder, der über diese Frage in der sozialdemokratischen Presse herrscht. Während die Chemnitzer „Vollstimme“ Roste unverfroren erklärte in der „Vollstimmigen Zeitung“ für einen Beweis gegen (!) die Kandidatur und die kommunistischen Behauptungen hinstellte, verfaß das Zwickauer „Vollblatt“ die gleiche Meldung mit der Ueberschrift: „Roste will schon...“

Angstschlottern weist es nach, daß es doch unschuldig sei, daß auf der Aufstellung der sozialdemokratischen Arbeiter Kandidatur lediglich die bösen Kommunisten schuld seien. Das wir uns übrigens dadurch als Ehre anrechnen.

Roste will also! Der sozialdemokratische Parteivorstand will auch! Und die „Linken“ sogenannten Oppositionellen werden natürlich brav zustimmen! Dann werden die sozialdemokratischen Arbeiter das Wort haben!!

Vinse Tämmerlichkeit

In der Breslauer „Vollmacht“ veröffentlichte Ernst Gedert in zu dieser Frage einen Artikel, dem wir folgende Ausführungen entnehmen:

„Nach bisher nicht widersprochenen Pressemeldungen bewirbt sich der Oberpräsident der Provinz Hannover, der Parteigenosse (!) Gustav Roste, um ein Reichstagsmandat im Kreise Weiser-Ems... Es ist nicht der Zweck des vorliegenden Aufsatzes, eine Entscheidung darüber zu treffen, inwieweit der Reichswehrminister Gustav Roste an dem Blut von 20 000 Arbeitern in Deutschland schuld gewesen ist. Darüber gerecht zu urteilen, mag die Sache künftiger Geschichtsschreiber (!) sein... Gerecht oder ungerecht, über die Tatsache kommt niemand hinweg, daß von Tausenden deutscher Arbeiter Roste für die Ermordung von Klassenossen in Berlin und in München, an der Wasserlante und im Ruhrrevier verantwortlich gemacht wird... Die Kandidatur Rostes bedeutet eine Erschütterung der Wahlorganisation der Partei im ganzen Gebiet der deutschen Republik... Roste hat eben noch für die Reichszentrale für Heimatsdienst einen Geburtsjahrsartikel für den 80jährigen Hindenburg geschrieben. Er hat den Reichspräsidenten verherrlicht, er hat in dem Aufsatz die Revolutionäre von 1918 beschimpft. Roste hat gerade jetzt den famosen Aufruf des Herrn Luther mit unterzeichnet... Alle Parteigenossen, die es gut mit der Bewegung meinen, können darum der Organisation des Wahlkreises Weiser-Ems, können Roste selbst nur den Rat geben, im Interesse der Gesamtpartei auf das Reichstagsmandat zu verzichten. Er ist als Abgeordneter der Sozialdemokratie untraglich.“

Es ist ebenso lächerlich wie dumm, mit welchen Methoden Edstein Roste um den Part geht. Er wagt nicht, die ganze Mutschuld des Arbeitermörders offen beim Namen zu nennen, und führt allein wahltaktische Erwägungen gegen Roste an, an dessen Einsicht er zum Schluß sogar appelliert. Der „Linke“ Held Gedert kommt gar nicht auf den Gedanken, oder wohl besser: wagt es nicht, die Frage der Mitgliedschaft Rostes in der SPD festzustellen.

Technisch verhält sich die sozialdemokratische Zeitschrift „Klassenkampf“, die bekanntlich als erste unsere Meldung über die Rostekandidatur bestrafte. Sie schreibt über die sozialdemokratische Provinzpresse:

„Die „Rheinische Zeitung“ (Köln) erklärt begeistert, daß sie es begrüßen würde, wenn Roste wieder in den Reichstag käme. Diese Auffassung hat sich das „asfeller Volksblatt“ zu eigen gemacht, das bei dieser Gelegenheit in einer sehr ungeschicklichen Weise gegen den „Klassenkampf“ polemisiert. Das „Vollblatt“ schließt aus unserer, nur aus der Sorge um das Wohl der Partei diktierten Ausführungen zu dieser Sache, daß es die Absicht des „Klassenkampfes“ sei, die Mehrheit der sozialdemokratischen Partei zu bekämpfen, während er Roste und den Kommunisten auf ziemlich naive Weise die Paden freistellt.“

Das Versteck hinter Polemik entbricht ihrer Sachlichkeit. Zudem behauptet das „asfeller Volksblatt“ eine kleine Täuschung, wenn es behauptet, daß durch die Mitteilung des „Klassenkampfes“ die Sache erst in die kommunistische Presse gekommen sei. Richtig ist, daß die „Klasse“ und die übrigen SPD-Blätter, während sich die fragliche Nummer des „Klassenkampfes“ noch im Druck befand und ihnen noch nicht bekannt sein konnte, bereits von der bedauerlichen Kandidatur Rostes gehört und berichtet hatten.“

Also das theurenliche Drama der Linken, weit entfernt, gegen den Rostekurs anzukämpfen, befindet sich in verzweifelter Defensiv-

Der panamerikanische Kongress

(Fig. Draht.) Berlin, 18. Januar.

Zur Eröffnung der panamerikanischen Konferenz hielt Präsident Coolidge eine Rede, in der er bezeichnenderweise Mikaragua nicht erwähnte. Dann wurden sechs Ausschüsse gebildet, die hinter verschlossenen Türen die Arbeit aufnehmen werden. Coolidge ist bereits wieder abgereist.

Trotz der Konferenz gehen die Eingriffe der Vereinigten Staaten in Mikaragua weiter. Es sind wieder 600 mit Flugzeugen ausgerüstete Soldaten an die Front geschickt worden.

Sozialdemokraten verhindern Gutsbezirksauflösung

Das Kommunalparlament in Wankendorf (Schleswig-Holstein) hatte zur Frage der Eingemeindung des Gutsbezirks Wochhorn Stellung zu nehmen. Der Gutsbezirk liegt zehn Minuten von Wankendorf entfernt und umfaßt beinahe ebensolche Grundbesitz wie die Gemeinde, so daß letzterer ein sehr steuerfähiger Großbesitz zu kommen würde. Für die Arbeitererschaft von Wankendorf hätte die Eingemeindung nicht nur in steuerlicher Hinsicht große Bedeutung, sondern die Gutsarbeiter von Wochhorn würden den Ausschlag geben für eine Mehrheit von SPD und KPD. Im Gemeindeparlament letzteres befürchtete wohl die SPD und hat die Eingemeindung zu Gunsten mit den Bürgerlichen abgelehnt. Es besteht nun die Gefahr, daß der Gutsbezirk überhaupt nicht aufgelöst wird.

Kleine politische Nachrichten

Domgalewski in Paris angekommen. — In Paris, 17. Januar. Der neue russische Botschafter Domgalewski ist heute in Paris eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von Vertretern der französischen Regierung begrüßt.

Albert Thomas in Kattowiß. — In Kattowiß, 17. Januar. Albert Thomas, der heute in Kattowiß eingetroffen ist, wird morgen von der Gemischten Kommission empfangen werden. Danach wird der begutachtende Ausschuss für Arbeitsfragen zusammentreten.

Truppenzusammenschichtung gegen die revolutionäre Bewegung in Bolivien. — In London, den 17. Januar, 1928. In Bolivien ist nach Meldungen aus La Paz eine revolutionäre Bewegung aufgedeckt worden. Verschiedene Deputierte und andere prominente Persönlichkeiten wurden in diesem Zusammenhang verhaftet. In La Paz sind starke Truppenabteilungen zusammengezogen worden.

Ein Todesurteil in Romno. — In Romno, 17. Januar. In Romno wurde gestern ein Prozeß gegen acht Polen wegen Spionage zu Ende geführt. Der Hauptangeklagte Donejko wurde zum Tode verurteilt, zwei andere Angeklagte erhielten wegen Mithilfe lebenslängliche schwere Zwangsarbeit bzw. 15 Jahre schwere Arbeit. Die übrigen Angeklagten wurden freigesprochen.

Zu den Kommunistenverhaftungen in Romno. — In Romno, 17. Januar. Von den 19 in Romno verhafteten Kommunisten sind drei wieder entlassen worden. Als Führer der kommunistischen Organisation in Litauen wurde ein gewisser Großmann festgestellt, bei dem man eine Reihe von kommunistischen Schriftstücken und Aufzügen vorfand.

seine Meinungen schreibt, die festgestellten Ergebnisse dieses Kampfes zu berücksichtigen. Der vorliegende völkische Antrag ist ein politisches Ablenkungs- und Täuschungsmanöver. Wir rufen die Arbeiterklasse auf, gegen ihren neuen Feind auf der Hut zu sein. (Bravos bei den Komm.)

Kutner (SPD.) muß zugeben, daß die Arbeiten des Ausschusses noch immer nicht beendet sind und daß die Abgeordneten Bulle und Ruße in Kenntnis der Vordabsichten des Grütze-Lehder mindestens keiner Behörde davon Mitteilung gemacht haben. Er haben im Gegenteil durch Kuswelle mit ihrer Namensunterschrift Grütze-Lehder in ihrer Organisation verwendet.

Der Antrag wird darauf mit allen gegen vier völkische Stimmen abgelehnt.

Der zweite Tag der „Länderkonferenz“

(Fig. Draht.) Berlin, 18. Januar.

Am gestrigen zweiten Tage der Länderkonferenz sprach zunächst der sächsische Ministerpräsident Held für eine „Verbesserung und Vereinfachung der Verwaltung“. Das Wort ergriffen ferner der hessische Staatsminister Leuthäuser, der hessische Staatspräsident Ulrich, der badische Staatspräsident Remmle und der sachsenburgische Ministerpräsident v. Fintz. In seinem Schlußwort erklärte Ministerpräsident Held (Bayern), Bayern halte unbedingt an bundesstaatlichen Charakter des Reiches fest. Dann begannen die Aussprachen über „Gewährleistung sparsamer Finanzpolitik“, wogu der preussische Finanzminister Dr. Höpfer-Kischhoff sprach.

Der bisherige Verlauf der Konferenz hat völlig enttäuscht. Er zeigt aber eines: daß die Einheitsstaatsoffensive auf eine länderweise Rationalisierung hinausläuft. (Wir kommen auf die Konferenz noch ausführlich zurück.)

Warum Gehler ging

(Fig. Draht.) Berlin, 18. Januar.

Nach Blättermeldungen hat die Aufdeckung der Phobus-Korruption den letzten Anstoß zum Rücktritt Gehlers gegeben. Das Geschäft sei „hinter seinem Rücken“ gemacht worden. Gehler soll General Groener als Nachfolger vorschlagen. Die Deutsche Volkspartei erhebt aber jetzt die Forderung, den Posten des Reichswehrministers zu besetzen.

Die Sitzung des IOB. in Berlin

(Fig. Draht.) Berlin, 18. Januar.

Nachdem gestern in dem kleinen Vorstandskontentitel in Geheimbesprechung alles vorgearbeitet wurde, fand heute die Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Internationalen Berufssekretären statt.

Die Verhandlungen drehten sich zunächst um die „Reorganisation des IOB“, das heißt, praktisch um den Versuch der Deutschen, das Sekretariat nach Berlin, mindestens aber einer deutschen Stadt, zu verlegen und den einzigen Sekretärposten mit einem Deutschen, nämlich Sassenbach, zu besetzen.

Demgegenüber brachte die englische Delegation als künftigen Sitz des IOB-Sekretariats Brüssel in Vorschlag. Zur Prüfung der Reorganisationsfrage wurde eine Kommission von sieben Mitgliedern, und zwar je einem Mitglied aus Deutschland, Österreich, Schweiz, England, Estlandien, Holland, den Skandinavien und den lateinischen Ländern, bestimmt.

Als zweiter Punkt der Tagesordnung wurde die Vorbereitung der nächsten Konferenz des Internationalen Arbeitssamtes in Genua behandelt. Zu diesem Punkt wurde darüber gellagt, daß die Gewerkschaftsvertreter immer die nationalen Interessen der kapitalistischen Staaten vor die internationalen Interessen des Proletariats stellen.

Der südafrikanische Ministerpräsident Herzog besaßte sich in einer Rede mit den Gerüchten über die Errichtung einer südafrikanischen Republik. Der Weg hierzu fehrt, wenn die Mehrheit der Südafrikaner das wünsche, offen.

LOURDES

Von EMILE ZOLA

Seine Hände waren noch schmerzhaft vom Kram; doch er würgte fort. Wie die Türe eine Sekunde lang offen blieb, bemerkte Pierre an den Wänden des Zimmers fremde Bilder, die ihn überraschten, namentlich eine Ansicht der Grotte. Ohne Zweifel hängte sie der Barbier nur während der Zeit der Pilgerfahrten auf, um seinen Gästen ein Vergnügen zu machen.

Es war gleich drei Uhr. Als Pierre und Herr von Guersaint wieder draußen waren, setzte sie der volle Glockenklang in Erfahrung, der in der Luft schwebte. Seit dem ersten Beginn des in der Basilika angekündigten Festivals antwortete die Pfarrkirche, dann kamen die Klöster nacheinander und stimmten in das wachsende Geläute ein. Die kristallreine Glocke der Karmeliter mischte sich in den dumpfen Ton der Kirche von der unbefestigten Grasplage, und all die frohlichen Glocken der Schwestern von Revers und der Dominikanerinnen erklangen gleichzeitig. In den schönen Festtagen waren die Glocken so von Morgen bis zum Abend in Bewegung, und ihre Töne schwebten sich mit vollen Flügeln über die Dächer von Lourdes. Es gab nichts Heiteres, als diesen hellen Sang des Erzes unter dem weiten blauen Himmel, über dieser gefährlichen Stadt, die endlich gefährlich hätte und sich zur Verachtung im Sonnenschein erging.

III.

Sobald die Nacht niedergefallen war, wurde Marie im Hospital Notre-Dame des Douleurs mit Ungehörig ergriffen. Sie wußte nämlich von Frau Jonquiere, daß der Baron Scire vom Vater Fontade ihr für die Ermächtigung erhalten hatte, die Nacht vor der Grotte zuzubringen. Jede Minute brang sie mit Fragen in Schwester Hyacinthe.

„Liebe Schwester! Ich bitte Sie, ist es noch nicht neun Uhr?“
„Nein doch, mein Kind! Es ist kaum achtzehn Uhr. Und sehen Sie, hier drübe ist ein ganz toller Wolkenschal, in dem Sie sich bei Tagesanbruch einwickeln können. Denn der Gabe ist ganz nahe, und die Morgenstunden sind frisch in diesem Berglande.“

„O liebe Schwester! Die Nächte sind so schön! Und dann schlafe ich so wenig in diesem Saal! Ich kann mich draußen wahrlich nicht schlechter befinden. Rein Gott, wie bin ich glücklich! Welches Entzücken, die ganze Nacht mit der heiligen Jungfrau zuzubringen!“

Der ganze Saal war eifersüchtig auf sie. War es doch eine unaußsprechliche Freude, die höchste Glückseligkeit, so eine ganze Nacht vor der Grotte sitzen zu dürfen. Man lagte, die Ausgewählten saßen in tiefen Frieden der Finsternis süßlich die Jungfrau. Aber es bedurfte hoher Beschützer, um eine solche Gunst zu erlangen. Die Patres erließen sie nur noch ungern, seit mehrere Kranke gestorben waren, wie wenn sie in ihrer Verzückung hinübergeschwimmert wären.

„Nicht wahr, mein Kind?“ Jahr Schwester Hyacinthe fort, „Sie werden morgen früh, ehe man Sie zurückbringt, in der Grotte kommunizieren.“

Es schlug neun Uhr. Sollte Pierre, der so dünklich war, sie vergesen haben? Man sprach jetzt mit ihr von der Fadelprozession, die sie vom Anfang bis zum Ende sehen würde, wenn sie sofort aufbräche. Die Zeremonien endigten jeden Abend mit einer ähnlichen Prozession; aber die vom Sonntag war fast die schönste, und man kündigte an, die Prozession des heutigen Abends würde sich außerordentlich glänzend ausfallen, wie man es nur selten sehen würde. Gegen dreißigtausend Pilger mit brennenden Kerzen in der Hand sollten mitgehen, die Wunder des nächtlichen Himmels würden sich öffnen und die Sterne auf die Erde herabschleigen. Die Kranken lagten darüber, wie traumig es sei, an ein Bett festgenagelt zu sein und nichts von diesen Wunderdingen sehen zu dürfen.

„Meine liebe Tochter!“ sagte soeben Frau von Jonquiere, „hier sind nun Ihr Vater und der Herr Abbé.“

Marie fragte vor Freude und vergaß, daß man sie hatte warten lassen.

„O Pierre!“ sagte sie, „ich bitte Sie inständig, lassen Sie uns rasch aufbrechen!“

Die Männer trugen sie hinauf, und der Priester spannte sich an den Heinen, unter dem herabgehenden Himmel fast dahinstolenden Wagen, während Herr von Guersaint an dessen Seite kniete. Es war eine mondlose Nacht; der Himmel, wie aus dunkelblauem, mit Diamanten besätem Samt, und die Lüfte milde Luft ein laues, vom Wohlgeruch der Berge balsamisch durchdrühtes, reines Bad. Viele Pilger, die alle den Weg nach der Grotte einschlugen, drängten sich in die Straße; aber die Menge war schweigend; es war eine fast innerlich gesammelter Menschen, die nichts mehr von dem Jahrmarktstreiben des Tages an sich hatten. Vom Plateau de la Verlaße an dehnte sich die Finsternis aus; flutete es unter dem unermesslichen Himmelsgewölbe auf den Aefenplätzen und unter den hohen Bäumen wie ein Meer von Schatten, aus dem man nichts emporentauchen sah, als links die schmale und schwarze Spitze des Basilikafrontons.

Pierre wurde von Unruhe ergriffen angefaßt der Menschenmenge, die nun so dichter wurde, je weiter man vorwärts rückte.

Schon auf dem Platz der Rosenkranzkirche kam man nur mit Mühe vorwärts.

„Wir dürfen nicht daran denken, zur Grotte zu kommen,“ sagte er, indem er stehen blieb. „Das beste wäre, eine Allee hinter der Fülle der Pilger zu erreichen und zu warten.“

Aber Marie wünschte lebhaft, den ersten Ausbruch der Prozession zu sehen.

„Ich bitte, lieber Freund, trachten Sie bis an den Gabe zu gelangen. Ich will von weitem zusehen; ich verlange nicht, nahe dabei zu sein.“

Auch Herr von Guersaint war neugierig und drang darauf. „Besorgen Sie nichts,“ sagte er, „ich gehe hinter Ihnen drein und gebe darauf acht, daß niemand sie anflößt.“

Pierre mußte sich fügen und den Wagen weiterziehen. Er heurbte einer Viertelstunde, ehe er unter einen Bränderbogen der rechten Rampe eintreten konnte, so sehr drängte sich dort die Menge. Dann schlug er eine etwas schräge Richtung ein und besand sich endlich auf dem Quai, am Ufer des Gabe. Dort besetzten fast nur Zuschauer das Trottoir, und er konnte noch einige fünfzig Meter vorwärts kommen. Dann hielt er den Wagen gegenüber der Brüstung an, von wo aus man die Grotte gut im Auge hatte.

„Ist es so recht?“ fragte er.

„O ja, ich danke! Nur sollte man mich zum Sitzen in die Höhe richten; ich sehe es dann besser!“

Herr von Guersaint richtete sie aufrecht und ließ dann selber auf die Steinbank, die sich auf dem Quai von einem Ende zum andern hinzog. Ein Gestümmel von Neugierigen ballte sich dort zusammen, wie an Abenden, an welchen ein Feuerwerk abgebrannt wird. Alle reckten sich und streckten die Hälse in die Höhe. Selbst Pierre schloß sich gefesselt, obgleich er noch nicht viel sah.

Es waren dreißigtausend Personen anwesend, und noch immer krümmten Menschen hinzu. Alle trugen eine Kerze in der Hand; diese war in eine Art Düte aus weißem Papier eingewickelt, auf dem man in blauer Farbe eine gedruckte Abbildung jungerer lieben Frau von Lourdes sah. Aber diese Kerzen waren noch nicht angezündet. Ueber die wogende See der Menschentöpfe hinweg bemerkte man nur die im Lichterglanze brennende Grotte, die der lebhaftesten Schein eines glühenden Hammerwerks ausstrahlte. Ein großes Summen erhob sich, es wurden Seufzer laut, die allein daran erinnerten, daß Tausende von eng aneinandergebrängten atmungslosen Geschöpfen da waren, die sich in der Tiefe des Schattens verloren und wie ein lebendiger, sich ausbreitender Wasserriegel ohne Aufhören hin- und zurückschoben. Ueberall befanden sich Leute unter den Bäumen jenseits der Grotte und in den Tiefen der Finsternis, die man gar nicht abnte.

(Fortsetzung folgt.)

Oberschlesien

Als ehemaliger Fremdenlegionär unter Polizeiaufsicht gestellt

90 Pfennige Arbeitslosenunterstützung pro Woche

Ein Arbeiter aus Oppeln schreibt uns: Im September 1928 lehnte ich endlich aus der Fremdenlegion zurück und erhielt kurz darauf in Oppeln Arbeit. Bereits damals erfuhr ich — auch der Unternehmer bestätigte es — daß ich unter Polizeiaufsicht stehe. Die Polizei, bei der ich mich beschwerte, leugnete es ab. Als ich aber nach dreizehnwöchiger Tätigkeit meine Beschäftigung infolge Arbeitsmangels verlor, und vom Arbeitsnachweis nach Hohenau in die Kohlengrube geschickt werden sollte, erfuhr ich wiederum, daß ich unter Polizeiaufsicht stehe. Erst wurde ich verurteilt, daß ich noch Beschäftigung bekommen solle, dann durfte ich mit dem Transport nicht mit. Am Donnerstag holte ich mir zum erstenmal Unterstützung und erhielt sage und schreibe

90 Pfennig Unterstützung pro Woche ausgezahlt. Als ich mich darüber beschwerte, sagte man mir: „Sie brauchen kein Geld, da Sie zu Hause wohnen und der Vater genug verdient.“ Auf die Frage, warum ich nicht mit dem Transport nach Hohenau mitgeschickt worden sei, wurde mir erwidert:

„Sie sind Fremdenlegionär und stehen unter Polizeiaufsicht.“

Soweit die Aufsicht des Arbeiters, der sich bemüht, Arbeit zu erhalten und in der geschuldeten ständischen Weise schikantiert wird. Die Doppelrolle der Polizei, die Aufsicht in einer Weise auszuüben, die nicht schädlich für den Beaufichtigten ist.

Polizeiaufsicht ist unseres Wissens nur bei Verurteilung zu schweren Zuchthausstrafen und Ehrverlust zulässig. Auch in diesem Falle sind die Behörden verpflichtet, die Aufsicht in einer Weise auszuüben, die nicht schädlich für den Beaufichtigten ist.

Im vorliegenden Falle wird die Polizeiaufsicht zum Vorteil des ehemaligen Legionärs, der außerhalb des bürgerlichen Rechts unter Unterstützung auf 90 Pfennig pro Woche ist eine ungläubliche Verhöhnung des Erwerbslosen und ein schamloser Bruch der gesetzlichen Bestimmungen. Wenn auch der Vater des Unterstühtenberechtigten Arbeit hat, so ist er weder in der Lage, noch verpflichtet, den erwachsenen Sohn mitzuernähren. Wir verlangen eine sofortige Unterstützung des Falles und schleunige Abhilfe.

Es ist bezeichnend für die Heuchelei des bürgerlichen Klassenstaates, daß er Prohibitivstrafen über das Schicksal der Fremdenlegionäre verhängt und ihr trauriges Schicksal zur Aufpreisung chauvinistischer Pathosgefühle benutzt, dem ehemaligen Legionär aber nicht hilft, sondern ihn als **Ausfälligen** behandelt.

Wieder 6 000 Arbeitssuchende mehr

Nach dem Bericht des Landesarbeitsamtes für die Zeit vom 9. bis 14. Januar ist in Oberschlesien die Zahl der Arbeitssuchenden von

53 950 auf 59 457 gestiegen. Hauptunterstützt wurden 40 949 Personen. Das Arbeitsamt gibt folgenden Lagebericht: In der Landwirtschaft setzte in der Berichtswochen eine lebhaftere Nachfrage nach Stallmägden ein. — Im ober-schlesischen Bergbau ist die Arbeitsmarktlage unverändert. Nach dem sächsischen Steinkohlenrevier konnten Vermittlungen vorgenommen werden. — In der Metallindustrie ist durch Betriebsstilllegung ein weiterer Rückgang der Beschäftigungsmöglichkeiten zu verzeichnen. — In der ober-schlesischen Textilindustrie sind weitere Entlassungen von Heimarbeiterrinnen vorgenommen worden. Vermittlungen für eine außerschlesische Spinnwebfabrikation konnten getätigt werden. — In der **Wagereise** ist infolge des wärmeren Wetters eine lebhafte Belegung der Arbeitsmarktlage eingetreten.

Schwerer Unfall auf der Hedwigwunschngrube

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Am Mittwoch, dem 11. Januar, ereignete sich auf der Hedwigwunschngrube ein bedauerlicher Unglücksfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer gefallen ist. In der Abteilung Schumann West waren einige jugendliche Arbeiter unter Aufsicht eines Invaliden mit dem Säubern einer Strecke beschäftigt. Da löste sich von der Firne eine Kohlenlage von 3 1/2 Meter Länge, 2 1/2 bis 3 Meter Breite und 50 bis 60 Zentimeter Stärke (insgesamt ungefähr 20 Wagen Förderung) und begrub den darunter arbeitenden Invaliden Ciempiel und die jugendlichen Arbeiter Smolarczyk und Burdzinski. Dem Invaliden Ciempiel wurde der rechte Unterschenkel gebrochen. Außerdem erlitt er an Brust und Rücken schwere Verletzungen. Der jugendliche Arbeiter Smolarczyk wurde von einem großen Kohlenblock bedeckt, kam aber glücklicherweise zwischen zwei Stempeln zu liegen, so daß er nur mit Quetschungen davongekommen ist. Am schwersten wurde der jugendliche Arbeiter Burdzinski von der Kohle getroffen. Er wurde so schwer verletzt, daß er bei der Einlieferung in das Hindenburg Lazarett verstorben ist.

*

Arbeiter erkennt, wie leichtfertig mit eurem Leben und eurer Gesundheit umgegangen wird. Wenn die betreffende Stelle schriftsmäßig vermindert gewesen wäre, würde dieser Unglücksfall nicht vorgekommen sein. Die paar Stücke Holz, die zum Vergrößern nötig gewesen wären, hält die obengenannte Verwaltung für wertvoller als das Leben der Arbeiter.

Gleiwitz

Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Gedächtnis-Kundgebung

von KPD. und KZPD., Ortsgruppe Gleiwitz, am Freitag, dem 20. Januar 1928, im Saal der „Vier Jahreszeiten“, Bieliger Straße (Rohmarkt).

Programm

I. Teil

1. Lenin, Liebkecht, Luxemburg zum Gedächtnis.
2. „Die Gewehre“.
3. Ansprache. Bezirksleiter Gen. G. Lagau.
4. Im Geiste Lenins vorwärts zum Kampf, zum Sieg. (Revolutionsdrama in 2 Akten.)

II. Teil

Des großen Erfolges wegen und auf vielseitigen Wunsch noch einmalige Aufführung: „Zum Tode verurteilt“ (Revolutionsdrama in 2 Akten.)

III. Teil

„Gerechtigkeit“ (Rote Tribüne in einem Vorpiel und drei Szenen). Die ersten zwei Szenen spielen im kapitalistischen Staat, die dritte Szene unter der Diktatur des Proletariats.

Kasseneröffnung: 19 Uhr (7 Uhr abends). Anfang: 19.30 Uhr (7 1/2 Uhr abends). Programm 40 Pf. Gegen Vorzeigung des Programms freier Eintritt.

Die Ortsgruppenleitungen der KPD. und des KZPD.

Tickethefte für das Stadttheater. Das Theaterpublikum sei darauf hingewiesen, daß Tickethefte immer noch an der Theaterkasse zu haben sind. Diese Eintrittskarten bedeuten gegenüber den üblichen Preisen eine Ermäßigung von 20 Prozent. Man hat die Tickethefte nicht als Drogenkarten gewählt, um sie leichter erstehen zu können. Jedes Heft hat nur sechs Karten, die für drei musikalische (Opern und Operetten) und drei Schauspielvorstellungen benutzt werden können. Somit besteht die Gültigkeit für alle Vorstellungen.

Vieh- und Schweinemärkte wieder gestattet. Nachdem das Polizeipräsidium durch den beamteten Tierarzt festgestellt hat, daß die Maul- und Klauenseuche im hiesigen Kreise erloschen ist, wurde das Verbot der Abhaltung von Vieh- und Schweinemärkten aufgehoben.

Frauen-Mitgliederversammlung. Donnerstag, den 19. Januar, um 19 Uhr, im Parteibüro. Tagesordnung: „Die internationale Frauenwoche.“

Selbstmord eines Erwerbslosen. Ein Erwerbsloser, dessen Frau vor kurzem gestorben war, verübte Selbstmord, indem er Apollonung trank. Als die von dem Anwohner verständigte Polizei eintraf, lag der Verunglückte bereits im Sterben und war durch die angestellten Wiederbelebungsversuche nicht mehr zu retten.

Oppeln

Liebkecht-Luxemburg-Kundgebung

Die Liebkecht-Luxemburg-Kundgebung in zwei bis auf den letzten Platz besetzten Vorstellungen am vergangenen Sonntag im alten Schützenhaus gehört mit zu den besten und eindrucksvollsten Veranstaltungen der letzten Zeit. Außer den Konzerteinlagen der Schalmeykapelle wurde das fast zu reichliche Programm ausschließlich von Mitgliedern der kommunistischen Jugend und des Jung-Spartakusbundes bestritten. Das gleich zu Beginn vom Jung-Spartakusbund geführte lebende Bild hätte bei einer besseren Beleuchtung den Eindruck bedeutend erhöhen können. Der von Mädchen in roten Kleidern ausgeführte Reig. a fand allgemein Befallen. Hätte man ihn nach anderen Melodien einrichten können, so wäre das kein Schaden

gemessen. Die Wirkung der Szene „Karl Liebknechts Schatten“ war in der ersten Vorstellung schwach, dagegen in der zweiten sehr gut. Es hat überhaupt den Anschein, als wenn bei derartigen Vorstellungen die erste Vorstellung immer eine Art Generalprobe ist. Hingegen kommt, daß die nachmittags mitgebrachten Kinder für eine so lange Zeit Aufmerksamkeit naturgemäß nicht aufbringen. Dagegen wird kaum etwas zu machen sein; denn wo sollen die Arbeiter ihre Kinder lassen? Es bleibt weiter nichts übrig, als sie überallhin mitzunehmen. Das Theaterstück „Hoch Liebknecht“ zeigte, wie die kommunistischen Jugendgenossen während des Völkermordes ihre revolutionäre Pflicht erfüllten und dafür von der Massenjustiz zu langen Zuchthausstrafen verurteilt wurden. Alle an der Vorstellung beteiligten Jugendgenossen gaben ihr Bestes. Sie spielten nicht nur die ihnen zugewiesene Rolle, sondern waren mit dem Herzen bei der Sache.

Die Knabenriege der Freien Turnerschaft hatte sich zur Verfügung gestellt und fand mit den vorgeführten Kostübungen Anklang und lebhaften Beifall.

Der politischen Gefangenen gedachte man in dem Theaterstück „Fesseln“, welches so auf die im Saal sitzenden Zuhörer wirkte, daß diese sich durch entsprechende Rufe an der jedem Proletarier nahegehenden Handlung beteiligten. Der Gefängniswärter hätte, nachdem er durch die revolutionären Gefangenen zum Klassenbewußtsein erwacht war, mehr aus sich herausgehen müssen. Die vier anderen haben ohne Ausnahme ihre Sache sehr gut gemacht. Das war schon mehr eigenes Erlebnis als Theater. Kein Wunder, daß sich eine große Anzahl jugendlicher sofort bereit erklärte, der roten Klassenfront beizutreten.

Der Lichtbildervortrag mit Originalaufnahmen von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht sowie die Ansprache des Genossen G. Lagau vom Zentralkomitee der KPD. ergänzten, was über die beiden großen Führer der Arbeiterklasse noch zu sagen war, zum großen Gelingen mit Karl Liebknecht zusammen eingeperrt war und er ihn so besser kannte als wir, die wir ihn nur durch seine Schriften kennen.

Aus den Gesprächen, die beim Verlassen des Saales geführt wurden, konnte man entnehmen, daß alle sich „ergriffen waren und einen guten Eindruck mit nach Hause nahmen.“

Generalversammlung des Metallarbeiterverbandes

Aus dem Geschäfts- und Kassenericht war zu entnehmen, daß die Zahlstelle den Mitgliederstand gehalten hat. Das Defizit der Sozialkasse ist verschwunden und sogar ein kleiner Kassenschatz vorhanden. Vor dem Arbeitsgericht wurden zwei Kollegen vertreten. Zum zweiten Punkt sprach ein Vertreter der Bezirksleitung über das Arbeitsgerichtsgefeß. Er schilderte die wesentlichen Bestimmungen mit ihren Vorteilen und Nachteilen und konnte eine ganze Reihe von Beispielen aus der praktischen Erfahrung aufweisen. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Kollegen, die mitunter weniger zur Sache sprachen und auf andere Fragen eingingen. Kollege Girndt konnte, da er schon sehr viele Arbeiter als Prozeßvollmächtigter vor dem Arbeitsgericht vertreten hat, nachweisen, daß die Unternehmer doch in den meisten Fällen besser abschnitten als die Arbeiter. Bei der Vorstandswahl wurden gewählt als 1. Vorsitzender K. L. i. a. s., Kassierer P. a. n. i. s. c., Schriftführer M. e. n. z. e. l. und Beisitzer F. i. l. u. s., G. i. r. n. d. t. und P. a. s. c. h. a. Demnach setzt sich der Vorstand aus drei KPD., zwei KZPD. und einem parteilosen Kollegen, der Mitglied des KZPD. ist, zusammen.

Achtung, Marktkontrolle! Seit einigen Wochenmärkten wird auf dem Fleischmarkt von Dr. Schnauder vom Untersuchungsamt jeder Stand mit den ausgelegten Fleischwaren beschäftigt. Ein und wieder beanstandet er das eine oder andere Stück. So hat er am letzten Markttag bei einem Fleischer einen Rindstumpf, der recht unappetitlich aussah, beanstandet, und frug, ob dieser Kopf noch verkauft wird, was der Fleischer natürlich verneinte. Warum hat der Fleischer erst dann den Kopf auf den Markt gebracht? Wahrscheinlich zum Ansehen! Aberzeugt kann man sein: dreht die Kontrolle den Rücken, so werden die beanstandeten Stücke dennoch, vielleicht ein paar Pfennige billiger, verkauft. Das einzig Richtige in solchen Fällen wäre, daß das Fleisch, das nicht einwandfrei ist, beschlagnahmt wird, denn sonst hat die Marktkontrolle keinen Wert. **Eiene Proletarierfrau.**

Ein Witz-Anhänger vor der Himmelspforte

Sieh, Petrus, ich bin da,
ein Himmelskandidat,
wie keiner je dir nahe,
wie keiner je dein Auge sah.

So also arm an Sünden
und reich an Tugenden ist gewiß
in deinem ganzen Paradies
kein zweiter Mann zu finden.

Ich war, wie man von mir begehrt,
bald liberal, bald römisch,
und hat man mir das Deutsch verwehrt
so lernte ich flugs böhmisch.

Hab nie gemußt und nie gelurrt
auch in den schlimmsten Tagen.
Magst, ob jemals ich gemurrt,
die Polizei befragen.

Ich nahm's nicht schief, ich nahm's nicht krumm,
zahl' gerne meine Steuern,
und fleh' willig mir
Petroleum, Kaffee und Schnaps verteuern.

Nie prüft' ich die Verwendungsart
der vielen Millionen.
Es war mir gleich, was daraus ward:
Gewehre und Kanonen.

Das hiesigen Reichsversammlung hab' ich nie ernst genommen.
Dafür will meinen Bürgerlohn
im Jenseits ich bekommen.
D' hür' St. Petrus mich
zur vollsten Gnadenwehe.

Ich bin, vernimm's, mit einem Wort,
ein echter Oberstleutnant...

Aus der Partei

Die Ortsgruppe Neustadt hat bis heute weder für November noch für Dezember 1927 abgerechnet. Dies hiermit der Mitgliedschaft zur Kenntnis. — Bezirksleitung OS.

Die neue Nummer der „Mops“-Zeitschrift ist erschienen. — KPD. Die seit zwei Jahren erscheinende Funktionärzeitung der Internationalen Roten Hilfe eröffnet mit ihrer Januarnummer ihren neuen Jahrgang. Die Zeitschrift füllt eine lückenhafte Lücke in der Literatur der Roten-Hilfe-Bewegung aus. Sie gibt dem Roten-Hilfe-Funktionär die nötigen praktischen und theoretischen Hinweise für seine Tätigkeit, deren er dringend bedarf. Die erste Nummer des neuen Jahrgangs bringt als Einleitung einen Neujahrsgruß unserer alten Vorläuferin Clara Zetkin, einen Gedenkartikel an Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und Lenin, ein Artikel des polnischen Sejm-abgeordneten Sochali beschäftigt sich mit dem Prozeß gegen die weißrussische Promada und seinen Hintergründen. Der bekannte juristische Sachverständige Genosse F. J. H. a. l. l. e. beschäftigt sich sehr eingehend mit dem deutschen und österreichischen neuen Strafrecht. Die Rubrik „Aus der Roten-Hilfe-Bewegung“ bringt interessante Berichte aus den Bruderorganisationen. In der Rubrik „Aus der Praxis“ werden den Roten Helfern wertvolle Anregungen für ihre Tätigkeit gegeben. Die Zeitschrift ist bei allen Funktionären der KPD. oder direkt durch den Mops-Verlag in Berlin KPD. 7, Dorothienstraße 77/78, zu beziehen. Der geringe Preis von 20 Pf. sollte alle Roten Helfer veranlassen, die Zeitschrift zu lesen und weiter zu verbreiten.

Arbeiterkorrespondent, merke es Dir!

1. Nur mit Tinte, höchstens mit Bleistift, aber niemals mit Tusche- oder Kopierstift schreiben.
2. Jedes Blatt darf nur auf einer Seite beschrieben sein.
3. Schreibe Namen, Adressen und Zahlen recht deutlich, denn der Setzer kann nicht alles erraten.
4. Vergiß nicht, Namen und Adressen anzugeben. Einwendungen ohne Unterschrift können wir nicht veröffentlichen, da sie schwer nachzuprüfen sind.
5. Da manchmal Nachforschungen notwendig oder andere Schwierigkeiten zu überwinden sind, so sei nicht gleich erbost, wenn Deine Aufschrift nicht sofort am nächsten Tage erscheint.
6. Unser Raum in der Zeitung ist beschränkt, deshalb keine Allgemeinheiten, sondern nur Tatsachen schreiben.
7. Adressiere stets an: Redaktion der „Arbeiter-Zeitung“ in Breslau 10, Trebnitzer Straße 50.
8. Wichtige Ereignisse teile der Redaktion telephonisch, telegraphisch oder per Filbrief mit.

Rundfunkprogramm

Freitag, 20. Januar, 18.30: Funkkapelle. • 18: Maria Abmus: Was sagt die Hausfrau zur Stuttgarter Werkbund-Ausstellung? • 18.50: Gleiwitz: Chefredakteur G. Roth: Zeitungsleiter aus Oberschlesien. • 19.20: Rechnungsdirektor Seifert: Ein Spaziergang durch die Reichshausbauordnung. • 20: Friedrich Karl Jander-Abend. Mitw.: Karl Jander, Gretel Tawera, Kinder-Duo, „Berliner Luft“. — Baum: Lebensphilosophie. — Reihgenim: Die Brandstifterin. — Waldau: Das Lied von der blauen Hand. — Translatore: Flott durchs Leben, Malger. — C. Parber: Märchen. — Rollins: Blaue Nacht. — Meslin: In der Leberne. — Lindan-Heimer: Epitaphen-Intermezzo. — Mams: Lebensphilosophie. — Selamel: Die Verlobung. — Eilinger: Aus dem Tagebuch eines glücklichen Verheirateten. — Frhr. v. Schlicht: Frauen die überlegen. — Helmburg-Holmes: Gänsemarkt. — Branden: Colette und der Mond. — di Capua: Maria, Marie. — Rosal: Feingeländers Nachparade. — Waldau: Weidend. — Engelberger: Komm mit in die Laube. — Amberg: Am Telefon. — Rogowski: Teetunde. — Waldau: Das Stiftungsfest. Kable lorelen. — Holmann: Feuer! los! — Anshl: Abendberichte um zehn Minuten Operantio.

Sonntag, 21. Januar, 15.45: Gleiwitz: Stunde mit Büchern • 16.15: B. Schimmel-Kaltenau: Die Filme der Woche. • 16.30: Konzert der Funkkapelle. G. Weidert (Sänger). • 18: Stunde mit Büchern. • 19: Dr. G. Weidert: Der große Staatsmann. • 19.30: Englisch für Fortgeschrittene. • 20.10: Weidert: 1. 10. Amar. Bach: Sonate a-moll. — Regier: Sonate A-Dur. — Brunn: Sonate für Violine. • 21.10: Schlager-Abend. Mitw.: J. Albad, Helmuth Gallendorf, Funkkapelle. In der Nacht-Abend er.

Der Neomenfchewismus!

Trozkis Anweisungen

Moskau, 15. Januar. (Zentralb.) Die „Pravda“ veröffentlicht zwei Dokumente, die an ausländische Anhänger Trozkis überlieferte Direktivbriefe der trozkistischen Zentrale darstellen.

Im ersten Briefe heißt es u. a.:

„Der Verrat Sinowjews und Kamenevs ist eine historische Tatsache, aus der man schon jetzt die notwendigen Lehren ziehen soll. Es gilt, schonungslos mit den Kapitulantentanten zu brechen, sich von den Schwächenden und Abwärtenden offen abzugrenzen. Das Verhalten Maslows und Ruth Fischers erscheint in dieser Beziehung zweideutig. Im Grunde suchen sie Sinowjew und Kamenev reinzuwaschen und wollen beweisen, daß sie nicht viel schlimmer seien als andere, d. h. sie suchen die Grenze zwischen den Revolutionären und den Kapitulantentanten zu verwischen.“

Sowie der Bruch vollzogen war, reichte die Opposition im Gegensatz zu den Kapitulantentanten eine Erklärung Smilgas, Murasows, Malowks und Nabels ein. Hieraus keinen Unterschied zwischen der Opposition und den Kapitulantentanten machen, heißt die Kapitulantentanten bewußt unterstützen. Die beigefügte Erklärung der Oppositionsführer an das Exekutivkomitee der kommunistischen Internationale (Anmerkung der „Pravda“: Eingezogene Erklärungen zufolge ist an die Komintern keine derartige Erklärung ergangen) läßt keinen Zweifel und keiner Ungeheuerlichkeit Raum. Wenn Maslow uns auch künftig mit Sinowjew und Kamenev verglichen wird, so müssen wir ihn als bewußten Gegner betrachten.

Es gilt, jene Maske zu lüften, durch die manche Oppositionelle versuchen, sich unter dem Vorwande des Kampfes gegen den Trozkismus den Kapitulantentanten anzuschließen. In dieser Richtung gilt es jetzt, die Einstellung gegenüber Webbing, Pfalz und Suht klarzustellen.

Das gleiche Kriterium gilt auch gegenüber der französischen Gruppierung am Pfalz. Wenn Treint und Suzanne Giraud zwischen Kapitulantententum und sogenanntem Trozkismus schwanken werden, wird man sie ihrem Schicksal überlassen müssen. Wenn Treint und Giraud unter dem Vorwande des Kampfes gegen den Trozkismus schwanken werden, so wird man sich auf die Gruppe „Gegen den Strom“ als einzige Gruppe unserer wirklichen Bestimmungsgenossen stützen müssen. Durchaus erwünscht ist die Heranziehung Kosmers zur Mitarbeit an der Zeitschrift „Gegen den Strom“. Notwendig ist eine richtige Einstellung zur Gruppe Monatte's. Mit den revolutionären Anarchosyndikalisten werden wir einen Block bilden müssen. Das Souvarine anbelangt, so hat er in einer Reihe von Fragen eine falsche Stellung eingenommen; doch ist er ein talentvoller Historiker und Revolutionär, und wir verlieren nicht die Hoffnung, daß sich unsere Wege vereinen werden.

Hinsichtlich der tschechoslowakischen Opposition muß baldigt Klarheit geschaffen werden.

Sozial wir wissen, ist die Einstellung des belgischen Zentralkomitees ungenügend, eine Pufferstellung. Könnte man nicht durchsehen, daß das belgische Zentralkomitee für die Partei unser Material herausgibt? Belgien muß besondere Aufmerksamkeit gelten, wobei man sich jedoch nicht auf das Puffer-Zentralkomitee verlassen darf, sondern suchen soll, sich eine zuverlässige Stütze in den unteren Schichten zu schaffen. Man beauftrage damit französische Bestimmungsgenossen.

In Holland wurden früher unsere Dokumente gedruckt; wie steht es jetzt damit?

Zum Schluß nochmals zur Frage: Eine oder zwei Parteien? Wir sind gegen eine zweite Partei und gegen eine Vierte Komintern. Vom Gesichtspunkte der internationalen Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit aus bräutete sich die Opposition in die hoffnungslose Lage einer Sekte, wenn sie sich auf die Position einer Vierten Internationale hätte rücken lassen. Es handelt sich um die Eroberung der Komintern. Die Differenzen sind tief genug, um das Bestehen einer linken Fraktion zu rechtfertigen. Doch in der gegenwärtigen Periode ist diese Fraktion ein Werkzeug der Einwirkung auf die kommunistische Partei.“

Im zweiten Briefe, der an einen gewissen Peter gerichtet ist, heißt es:

„Die Hauptaufgabe der Opposition in den Sektionen der Komintern ist die Eroberung der kommunistischen Partei von innen. Daraus ausgehen, daß der Thermidor in der Sowjetregierung eingetreten sei, ist falsch; dies hätte sein Eintreten bequäntigen. Die Klassenkräfte haben ihr entscheidendes Wort noch nicht gesprochen. Die Politik der internationalen Opposition muß darauf hinauslaufen, zusammen mit der Opposition der KPdSU die weitere Entwicklung des Thermidors zu verhindern und die Positionen, die das Proletariat eingeht hat, zurückzuerobern. Die Kleinbürgerlichen Elemente der KPdSU leiten die Partei und den Staat, doch sie sind gezwungen, sich auf die Arbeiterklasse zu stützen und sich gegen den Weltimperialismus zu behaupten. Ein stärkerer Ansturm seitens der Bourgeoisie kann in der Partei einen entschiedenen Ruck nach links hervorrufen.“

Die Sowjetunion spielt auch bei der gegenwärtigen Führung eine revolutionäre Rolle im internationalen Maßstab. Die Existenz der Sowjetunion war stets die Quelle, die die chinesische Revolution speiste. Die Führung der KPdSU hat die chinesische Revolution Niederlagen preisgegeben. Man muß gegen die Führung der KPdSU vorgehen, ohne sich im Gegensatz zur Sowjetunion zu stellen. Dies gilt für die KPdSU und für die Komintern. Wenn sich die Opposition der Sowjetunion als einem bürgerlichen Staat, der KPdSU und der Komintern als einer Kleinbürgerlichen Partei schlechthin gegenüberstellt, so wird sie sich in eine Sekte verwandeln. Als irrig gilt die Schaffung eines Bundes linker Kommunisten. Dieser Name wird nichts geben, kann jedoch das Neubornen einer zweiten Partei werden.

Die Einstellung Maslows und Ruth Fischers gegenüber der Opposition der KPdSU erscheint eher als Manöver denn als grundsätzliche Einstellung. Ihre Hauptaufgabe ist die Schwächung der Autorität der Opposition in ihrer Gesamtheit. Ihre nächste Aufgabe ist, indirekt die Kapitulantentanten zu rechtfertigen, indem man beweist, daß andere nicht besser seien als sie. Eine derartige Position läßt Maslow als strengen unbefriedlichen Richter erscheinen, während in Wirklichkeit ein Bündnis mit den Kapitulantentanten vorliegt. Der Kampf gegen den sogenannten Trozkismus ist der Haken, mit dem Stalin an Sinowjew, und Sinowjew an seinen Linken zieht. Sofern auch Maslow noch an diesem Haken hängt, ist er gezwungen, die Kapitulantentanten zu beschönigen und den Beweis zu versuchen, daß sie nicht viel schlimmer seien als andere.

Die Kommunisten der kapitalistischen Länder müssen stets drei Momente hervorheben: Selbst unter der opportunistischen Führung gibt die Sowjetunion den Arbeitern und Bauern unvergleichlich mehr, als ein bürgerlicher Staat bei einem gleichen Niveau der Produktivkräfte geben könnte; die Hauptursache der größten inneren Schwierigkeiten der Sowjetunion ist die ungenügende Aktivität des europäischen Proletariats und die ungenügende Kampffähigkeit der europäischen kommunistischen Parteien; die europäische Sozialdemo-

kratie, die jegliche Nachricht über innere Schwierigkeiten der Sowjetunion schadenfroh aufgreift, trägt die Hauptverantwortung für diese Schwierigkeiten.

Angesichts des am 15. März zusammentretenden Kongresses der Roten Gewerkschaftsinternationale muß alles angewandt werden, damit am Kongreß auch oppositionelle Delegierte teilnehmen; es müssen besondere Thesen und praktische Anträge vorbereitet werden.

Schon jetzt müssen Vorbereitungen zum Kongreß der kommunistischen Internationale eingeleitet werden. Es müssen Thesen zu allen Punkten der Tagesordnung vorbereitet werden, damit diese Thesen die Plattform der internationalen kommunistischen Opposition bilden; es muß an die großzügige Aktion betreffs der ausgeschlossenen Oppositionellen und betreffs der in der Sowjetunion Verhafteten eingesehen. Es muß die Ausarbeitung eines Programms der kommunistischen Internationale begonnen werden; das Programm Bucharins ist ein schlechtes Programm einer nationalen Sektion der kommunistischen Internationale, und nicht das Programm der internationalen kommunistischen Partei.“

*

Die Direktiven Trozkis an seine ausländischen Anhänger sind für die deutschen revolutionären Arbeiter von besonderer Bedeutung. Sie blasen zum Sturm gegen die Einheit unserer Partei. Sie verlangen von der Maslow-Gruppe einen noch entschiedeneren Kampf gegen die kommunistische Einheit. Trozki liefert das ideologische Rüstzeug. Er warnt vor zu plumpem Auftreten. Ihm, dem großen Strategen der Zerfetzung des Bolschewismus, scheint Maslows zynisch-offene Antisowjetkampagne zu plump. Er schlägt die raffinierteren Methoden des Austromarxismus vor: „Man muß gegen die Führung der KPdSU vorgehen, ohne sich im Gegensatz zur Sowjetunion zu stellen.“ Das ist die Generallinie der Austromarxisten in ihrem Kampfe gegen die russische Revolution: für die Sowjetunion, aber gegen die Kommunisten.

Trozki ist ein strenger Meister. Er duldet in seinen Reihen

keine Schwäche: „Wenn Maslow uns auch künftig mit Sinowjew und Kamenev verglichen wird, so müssen wir ihn als einen bewußten Gegner betrachten.“ Trozkis Beschränkungen sind unbegründet. Wenn Maslow nicht nur Sinowjew und Kamenev, sondern auch Trozki Inkonsequenz vorwarf, so nur deshalb, um ihn vorwärtszupressen in seinem Kampfe gegen die proletarische Diktatur. Der Bloß Trozki-Maslow hat seine innere Logik. Wenn zwei sich finden mußten, so waren es eben Trozki und Maslow. Trozki, dessen persönliche Ehrenhaftigkeit über alle Zweifel erhaben ist, der aber politisch die Ideologie des Abenteuerertums verkörpert, mußte sich mit Individuen von der Art Maslows finden, dessen ganze Existenz ein dunkles Kapitel ist, das erst nach dem Siege der Revolution durch die Öffnung der Polizeiarchive erhellt werden wird.

Trozki gibt seinen deutschen Maslow-Anhängern ein leuchtendes Vorbild: die Gruppe „Gegen den Strom“ in Frankreich. Das ist die Gruppe des Boris Souvarine, dem man als deutsches Spiegelbild nur Paul Levi gegenüberstellen kann. Boris Souvarine, der vor mehreren Jahren aus der kommunistischen Partei Frankreichs ausgeschlossen wurde, ist ein so offener und gehässiger Gegner der revolutionären Bewegung, daß selbst Sinowjew zur Zeit seines heftigsten Kampfes gegen die Komintern es stets für nötig fand, sich auf das entschiedenste von diesem Renegaten abzugrenzen. Und dieser Souvarine ist das politische Ideal des Trozkismus in Westeuropa!

Mit Recht schreibt die „Pravda“ zu diesen Briefen: „Aus den Direktivbriefen tritt das wahre sozialdemokratische Wesen des Trozkismus besonders klar hervor. Zwei, drei Worte gegen die Sozialdemokratie können niemandem irreführen. Die Anführer der Sozialdemokratie werden diese Worte ebenso belachen, wie Hilferding und Wels über die Streiche ihrer „Linsen“ lachen.“

„Mit den Kapitulantentanten muß man schonungslos brechen“, heißt es in den Briefen. Doch diese Worte sind vollkommen richtig in bezug auf jene, die vor der internationalen Sozialdemokratie kapituliert haben und die Helfershelfer der Scheiterns sind. Mit solchen Verrätern muß man schonungslos brechen und sie aus der proletarischen Gemeinschaft vertreiben.“

Aus aller Welt

Amtsrat und Stahlhelmmann haut silberne Löffel

Der Amtsrat Heinrich Kühne aus Potsdam, früher Mitglied des Stahlhelms, hat vierzehn silberne Löffel geklaut und stand nun vor Gericht.

Er kam im März vorigen Jahres in eine Auktion, um Gläser zu kaufen. Um die Gläser auf den Schiffs hin zu prüfen, wollte er mit einem silbernen Löffel dageschlagen. Statt nun nur einen Löffel zu nehmen, nahm er gleich die ganzen 14 Stück, die auf dem Tisch lagen.

Plötzlich wurden die Löffel vermist. Die Frau des Auktionslots sah, als man die Löffel suchte, daß Kühne sie aus der Manteltasche zog und sie auf dem Tisch unter dahingehende Wäschestücke schieben wollte. Einige Löffel fielen dabei auf die Erde, so daß man ihn den Diebstahl auf den Kopf zusagte. Später sagte Kühne zu Angestellten des Auktionslots, sie sollten doch über die Angelegenheit nichts verraten. Er bestritt jedoch alles und versuchte die Sache so darzustellen, als ob er im Kriege so stark gelitten habe, daß er die Tat wahrscheinlich ohne Ueberlegung getan hat. Die Verzehe behaupteten das Gegenteil. Der Staatsanwalt stellte den Antrag, den Angeklagten mit 420 Mark zu bestrafen.

Ob jedoch diese Strafe, da es sich um einen hohen Beamten handelt, Anwendung findet, bleibt noch dahingestellt. Ein Arbeiter würde ohne Gefängnisstrafe kaum davonkommen.

Im Ziegelofen verhungert und erfroren

Von einem Wärter der Rundenwallischen Ziegelwerke in Troppau, die bereits über Monatsfrist außer Betrieb stehen, wurde anlässlich eines Rundgangs in einem finsternen Winkel eines stillstehenden Ziegelofens ein alter, vollkommen erschöpfter und bis zum Skelett abgemagerter Mann aufgefunden, der nur mehr schwache Lebenszeichen von sich gab. Die Erhebungen ergaben, daß es sich um den 50-jährigen Saisonarbeiter Anton Raab handelt, der vor etwa drei Wochen auf Arbeitsuche nach Troppau kam, trotz aller seiner Bemühungen aber keine Arbeit finden konnte. Da er vollkommen mittellos war, suchte er in einem Ziegelofen Unterschlupf. In der Nacht erkrankte er unter heftigen Zittererschauerungen über-

aus schwer und sah sich außerstande, sich von der Stelle zu rühren und um Hilfe zu rufen. Schließlich verfiel er in Bewußtlosigkeit, aus der er erst mehrere Tage später erwachte.

Vom wahnstinnigen Hunger gepeinigt, nagte er an dem Oberleder seiner Schuhe und brachte in dieser entsetzlichen Lage volle drei Wochen, bis man ihn durch einen Zufall aufsand.

Doch war für ihn bereits jede Hilfe zu spät. Der Arme verstarb noch während der Ueberführung ins Krankenhaus. Seine beiden Füße waren ihm vollständig erfroren, und der übrige Körper war nur mehr ein bis auf die Knochen abgemagertes Skelett. Der Arbeiter ist buchstäblich verhungert.

Bei dem gestern gemeldeten Hochofenunglück sind bisher sieben Arbeiter zu Tode gekommen. Ueber die Ursache der Katastrophe wird gemeldet: Der explodierte Hochofen Nr. 5 ist der modernste und neueste der Hüttenwerke. Er „hing“ seit einigen Tagen, das heißt, die Füllung des Hochofens, Koks und Erze, war in der Mitte nicht mehr nachgerückt, sondern hatte im Innern des Ofens eine natürliche Höhlung gebildet. Diese entstand zwischen der ständigen Eisenmasse auf dem Grunde des Ofens und der hängenden Schicht, so daß ein großer Zwischenraum entstand, der die Ofenproduktion ins Stocken bringen konnte und darum beseitigt werden mußte. Seit etwa drei Tagen bemüht man sich, das Hängende des Ofens zum Einsturz zu bringen. Auch die Arbeiter der Unglückschicht waren mit solchen Versuchen beschäftigt. Deshalb war die Befehung am diesem Tage 17 Mann stark, während normalerweise nur wenige Mann an dem Ofen beschäftigt sind. Gegen 5 Uhr muß der Einsturz in unvorhergesehener Weise erfolgt sein. Mit furchtbarem Krachen brach eine vier Meter hohe Mauer ein. Gleich darauf wurde durch die ungeheure Gewalt die gesamte Füllung herausgeschleudert.

Eisenbahnunfall auf der Linie Jilöha-Annaberg. — U. C. H. e. m. n. i. b., 17. Januar. Nach Mitteilung der Reichsbahndirektion U. C. H. e. m. n. i. b. entgleiten am Montag, 23. Uhr, auf der Linie Jilöha-Annaberg zwischen Dennerzdorf und Erdmannsdorf vom Güterzuge 9679 elf Wagen. Sechs davon stürzten den Dammbänab. Personen sind nicht verletzt worden. Der Sachschaden ist erheblich. Die Ursache ist noch nicht geklärt. Sie ist wahrscheinlich im Bruch eines Wagenteiles zu suchen. Da auch das Gleis erheblich beschädigt ist, dürfte die Wiederaufnahme des durchgehenden Betriebes erst im Laufe des morgigen Tages möglich sein. Bis dahin wird der Verkehr durch Umfahrungen aufrechterhalten.

Aus Betrieb und Werkstatt

Ende März Stilllegung der Viktorgrube

Planmäßige Erdroffnung des Betriebes

(Von unserem Betriebsberichterstatler.)

Früher, in der Zeit von 1919 bis 1923, schrien die Waldenburger Reformisten den Arbeitern ins Ohr: Aus volkswirtschaftlichen Gründen ist dieser Streik zu verwerfen, aus volkswirtschaftlichen Gründen müßt ihr eine Ueber- oder Festschicht machen, aus volkswirtschaftlichen Gründen ist die von der Opposition gestellte Lohnforderung Unsinn usw. usw. Heute, wo die Unternehmer Grube auf Grube stilllegen, führen die Reformisten keine volkswirtschaftlichen Gründe gegen die Stilllegungen an. Im Gegenteil, sie erklären sich mit den Maßnahmen der Unternehmer solidarisch. So war es bei der Stilllegung der Abendrötegrube, so ist es bei der bevorstehenden Stilllegung der Viktorgrube. Na, ihr Felden von der Auenstraße, wo bleiben denn eure volkswirtschaftlichen Gründe? Wendet ihr sie nur an, wenn es gegen die Arbeiterschaft geht?

Wer legt sich nicht alles gegen die Stilllegung ins Zeug? Doch

den einzig richtigen Weg zeigen die Kommunisten, indem sie von vornherein die entschuldigungslose Enteignung als Mittel gegen die Stilllegung fordern. Die von den Kommunisten des Oberen Reichers zusammengestellte Kommission konnte dank der tätigen Hilfe der kommunistischen Landtagsfraktion im Wirtschafts- und Handelsministerium vorsehren. Ein Resultat wurde bekanntlich nicht erzielt.

In einer von Hausbesitzern und Gewerbetreibenden besuchten Versammlung, die sich ebenfalls mit der Stilllegung befaßte, waren gleich drei bürgerliche Landtagsabgeordnete anwesend. Alle drei versprachen: Die Kreditgewährung an die neugegründete Niederschlesische Bergbau-Aktiengesellschaft wird im Landtag von der Reichsregierung der Viktorgrube abhängig gemacht. (Ach, wie heuchlerisch mit naivem Einschlag! Der Berichterstatter.) Ob diese drei Felden nicht wissen, daß Kredite in dieser Sache die Reichsbank gibt, das Staatsministerium bewilligt? Die Direktion beruhigt inzwischen die Gemüter, indem sie erklärt: Es wird kein Mann und kein Angehöriger entlassen, alles wird reiflos von den anderen Gruben aufgenommen. Am Tage später wurden 30 Beamten und Angestellten die Arbeitszeugnisse ausgestellt. Diese Leute liegen nun nach Ablauf der Stilllegung

auf der Straße. Direktor Brandis gab sogar eine schriftliche Erklärung zu Protokoll, daß keinerlei Entlassungen vorgenommen werden. Und nun?

Angeblieh sollte die Vitorgrube wegen chronischem Dauer mangel stillgelegt werden. Der Zugzug bzw. die Reanulationen im Laufe der letzten Monate machten es der Direktion unmöglich, länger dieses verlogene Schlagwort zu gebrauchen. Jetzt geht sie dazu über, je Monat 50 Mann nach der Vitorgrube zu verlegen, nur damit ihr das Argument des chronischen Arbeiter mangels nicht verloren geht.

Trotzdem bis heute der Antrag auf Stilllegung der Vitorgrube noch nicht gestellt ist, arbeitet die Direktion bereits auf die tatsächliche Stilllegung hin, ganz gleich, ob sie genehmigt wird oder nicht.

Neben Kündigungen der Beamten und Angestellten läuft parallel die Verlegung der Belegschaft. Unter Tage wird nur noch Arbeit verrichtet, die unumgänglich notwendig ist, die Kohlenförderung ausreicht zu erhalten. Man sieht jetzt den Zeitpunkt mit Riesenschritten herankommen, wo auch die Kohlenförderung infolge der zusammengebrochenen Strecken versagt, und dann haben Bierhaus und Tittler erreicht, was sie wollten.

Keine Reglerungsstelle, kein Ministerium wird sehen wollen, daß hier System bei der Stilllegung von den Unternehmern angewandt wurde, um ihren Willen durchzusetzen.

Kein B.V.-Reformist wird volkswirtschaftliche Gründe gegen die Verschleuderung von Volkseigentum anführen.

Die großen und kleinen Koalitionspolitiker werden, weil kurz vor der Wahl, große Töne gegen die Stilllegung riskieren, der breiten Masse eine Opiumpille nach der anderen reichen, bloß um weitergeleitet zu werden. In dem Endeffekt wird dadurch nichts geändert.

Die Sozialdemokraten sagten von vornherein: Jegliche Stilllegung hört bei der Enteignung auf. Dazu gehört, daß sich die Arbeiterschaft unter Führung der A.P.D. die politische Macht erkämpft.

Gefährten an der Niedrigstrategie

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Die am Freitag stattgefundene Versammlung der Göttelberger Bauarbeiter beschäftigte sich zunächst mit der Neuwahl der Ortsverwaltung. Die wiedergewählte Ortsverwaltung setzt sich aus einem Sozialdemokraten, einem Parteilozen und zwei Oppositionellen zusammen. Den Vorsitz führt der Kommunist G. Nach der Wahl wurde die Einführung der dreiwöchigen Karenzzeit kritisiert und die Einleitung des sofortigen Kampfes seitens der Gewerkschaft verlangt. U. a. fragte Kollege Jochmann den Geschäftsführer Bartischel, wie sich nun die Gewerkschaften zur Frage der Verbindlichkeitsklärung verhalten werden, nachdem das Reichsgericht die Haftbarkeit der Gewerkschaften verworfen hat. Der Geschäftsführer erwiderte, daß der Entscheid des Reichsgerichts an der Haltung der Gewerkschaften nichts ändern werde. Auf Arbeiterdeutsch heißt dies, daß die reformistischen Gewerkschaftsführer nach wie vor auf das härteste Kampfmittel verzichten und die Löhne von Staats wegen regeln lassen wollen.

Gewerkschafts-Generalsammlung mit Langfranzosen

(Von unserem Gewerkschafts-Berichterstatter.)

Am 7. Januar hielt der Görlitzer Textilarbeiter-Verein seine diesjährige Generalsammlung ab, die leider sehr mäßig besucht war, trotzdem belangreich gemacht wurde, daß anschließend ein Langfranzosen (?) teilnahm. Kollege Matthes gab bekannt, daß bei in der letzten Versammlung gestellte Antrag auf Verzichtserhaltung des Kollegen Andriß von der britischen Auslandsdelegation dem Vorstand abgelehnt worden sei. Kollege Jochmann widersprach der Ablehnung, da der Antrag in der Mitgliederversammlung zur Abstimmung hätte kommen müssen. Ohne Notiz davon zu nehmen, gab Matthes, der immer so viel von Demokratie redet, bekannt, daß von nun an der Punkt „Verzichtserhaltung“ in Begleit komme. Dann erhielt der Kassierer K. Trabs das Wort zum Jahresabschlussbericht. Dieser zeigte ein „erfreuliches“ Bild, denn der Betrag von 6000 Mark Kassenbestand mit ins neue Jahr übernommen werden. Auch wurde eine Aufwärtsbewegung des Mitgliederstandes festgestellt. Hatten wir, daß in diesem Jahre das zweite Tausend überschritten wird. Im nächsten Punkt gab Kollege Matthes den Jahresbericht. Er beschäftigte sich sehr viel mit den „Erzengenschaften“ des abgeschlossenen Jahresberichtes, die aber nirgend zu sehen sind, wie er selbst angeben mußte. Denn durch die Steigerung des Lebensindef sind alle Lohnverhältnisse zu einem Nichts geworden. Be-

sonders zog er gegen die Opposition los, die seinerzeit den Abschluß als Schandpruch und die 9 Prozent Erhöhung als ein Nichts bezeichneten. Kollege Jochmann sprach in der Diskussion und stellte fest, daß die oppositionellen Kollegen etwas weitsichtiger gewesen wären und mit Recht den vorjährigen Abschluß als Schandpruch bezeichnet haben. Daß dies zutrifft, war jedem Anwesenden klar. Werken sie es doch am besten selbst, wenn sie einzukaufen gehen mit den paar Kröten, die sie verdient haben. Nach Erlebung der Wahl der Ortsverwaltung und der Revoren, ging man zum nächsten Teil der Tagesordnung, „Muskulische Unterhaltung“, über, welcher bis 2 Uhr ausgedehnt wurde. Die praktische Arbeit dieser Generalsammlung dauerte drei Stunden und der unterhaltende Teil aber vier Stunden. So steht die praktische Arbeit des „Kriegsgottes“ Matthes aus. Kollegen und Kolleginnen, nicht viel reden und sich implein, sondern Handeln in den neuen Jahre unser Wahlspruch. Kümmer dich mehr wie bisher um die Organisation, besuch recht zahlreich die Versammlungen und brecht den muskulischen Geist in der Gewerkschaft. Der Vorstand ist dazu da, um euern Willen auszuführen, und nicht umgekehrt, wie es bis jetzt der Fall war.

Ein Christ auf der freigewerkschaftlichen Liste

Aus dem Betrieb C. W. Hoffmann wird uns geschrieben: Vor einigen Tagen wurde die Kandidatenliste zur Betriebskassenliste aufgestellt. Dabei wurde der Vorschlag gemacht, auf die freigewerkschaftliche Liste auch einen Christen aufzustellen, da dies im Betriebe so üblich sei. Der amtierende reformistische Gewerkschaftsangehörte war mit dem Vorschlag einverstanden, und so wurde der christliche Kollege Kolke mit auf die freigewerkschaftliche Liste genommen. Dieser Vorfall ist eine Illustration zu der Tatsache, daß die Reformisten einen grundsätzlichen Unterschied zwischen den freigewerkschaftlichen und christlichen Gewerkschaftsorganisationen nicht mehr sehen. Kollegen, protestiert dagegen! Die freien Gewerkschaften müssen auf dem Boden des Klassenkampfes stehen. Sie dürfen sich nicht auf gleiche Stufe mit den Organisationen stellen, die auf dem Standpunkt stehen, daß es immer Herren und Knechte geben muß.

Unkollegiales Benehmen eines Gewerkschaftsangehörten. Ein Waldenburger Bauarbeiter ging in das Verbandshaus um seine Unterstützung zu holen. Der Angestellte fragte nach seinem Buch. Der Kollege antwortete, dieses habe der Kassierer bereits im Verbandshaus abgegeben. „Da liegt es noch in anderen Zimmern, und Du mußt warten“, ordnete der Angestellte an. Darauf der Arbeiter: „Ich habe bereits einige Stunden gewartet. Du kannst ja das Buch selbst rausführen.“ Der Angestellte: „Ich warte ebenfalls bereits einige Stunden.“ Der Arbeiter: „Du wirst auch dafür bezahlt.“ Der Angestellte: „So ein Flak!“ Der Arbeiter, der fundamental auf die ihm jocularisch zustehende Unterstützung warten mußte, oder der Angestellte, der zu bequem war, das Buch des Kollegen aus dem Nebenzimmer zu holen?

ADGB-Kartellung in Liebau. In der am 6. Januar in Liebau stattgefundenen Kartellung wurde der Jahresbericht gegeben. Danach wurde im vergangenen Jahre ein gutes Stück Arbeit geleistet und über 200 Schrittschritte angefertigt. Der Kartellvorstand wurde wiedergewählt. Eine von dem Erwerbslosen-Vereine eingebrachte Resolution gegen die Einführung der Karenzzeit für die sogenannten Saisonarbeiter wurde angenommen und weitergeleitet.

Steinarbeiterversammlung in Girsberg. In der am 15. Januar in Girsberg in der „Alten Hoffnung“ stattgefundenen Steinarbeiterversammlung wurde als erster Vorsitzender Kollege Heller und als Kassierer der Kollege Lange gewählt. Im Kartellbericht wurde bekanntgegeben, daß in Girsberg eine Filiale der Arbeiterbank errichtet wird, zugleich auch eine Filiale der Bauhütte Landeshut. Anmeldungen nimmt entgegen und Auskünfte erteilt Kollege Ubrich v. Langemarshaus. Bei 500 Mark Anteil erhalten die Gewerkschaften Sitz und Stimme. Zum Bericht der Arbeiterbank kritisierte Kollege Jahn das Geschäftsbild der Bank und forderte, daß sie ausschließlich in den Dienst der Arbeiterbewegung gestellt wird. Im Punkte Vertriebes stellte Kollege Gru den Antrag, die Versammlungen in der „Zukunft“ (ZPD) bekanntzugeben, worauf Kollege Bertmann einen gleichen Antrag für die „Arbeiter-Zeitung“ stellte. Beide Anträge wurden angenommen. Anschließend fanden Branchenversammlungen der Steinleger und Steinarbeiter statt.

Bergarbeiterversammlung in Grünberg. Am Sonntag hielt die B.V.-Zweigstelle Grünberg ihre Generalsammlung in Heinrichau ab. Nach der Wahl der Ortsverwaltung wurden verschiedene Verhandlungsangelegenheiten geregelt. Unter anderem wurden die Betriebsräte aufgefordert, für die Auszahlung der von der letzten Lohn-erhöhung den Kameraden zustehenden 3 Prozent Sorge zu tragen.

Sollte die Verwaltung sich weigern, so wird Klage eingereicht. Im Jahrestellensatz am 28. Januar bei Bohr soll ein Theaterstück und Vorträge geboten werden. Einstimmig wurde beschlossen, die Kapelle des Roten Frontkämpferbundes zur Mitwirkung heranzuziehen. Nach der Versammlung kaufte jeder Teilnehmer ein Exemplar der „Arbeiter-Zeitung“.

Arbeitersport

1. Kreis-Wintersportfest am 28. und 29. Januar in Schreiberhau (Abg.).

Die Wintersportliebenden Mitglieder des Arbeiter-Turn- und Sportbundes im 14. Kreise werden sich am Sonnabend, dem 28. und Sonntag, den 29. Januar in Schreiberhau zu einer Wintersportlichen Veranstaltung treffen. Aus allen Teilen der Provinz werden sich Bundesgenossinnen und Bundesgenossen mit Rodel und Ski einstellig machen, um sich im sportlichen Wettbewerb zu messen oder aber, um gemeinsame Fahrten durch die winterliche Landschaft zu unternehmen. Dabei werden neue Bande der Freundschaft zu knüpfen sein, Gedanken über organisatorische, technische und finanzielle Angelegenheiten ausgetauscht und auch auf diese Weise die Stoffkraft der Organisation gefördert werden. Darum, ihr Bundesgenossen aus Stadt und Land, heraus zum 1. Kreis-Wintersportfest in Schreiberhau! — Anfragen wegen Quartier usw. sind zu richten an Genossen Bruno Pollmann, Ober-Schreiberhau 1. R., Wintelmühle 168.

Breslauer Serien-Fußballspiele am 22. Januar.

- Männer, C-Klasse. 10,00: Gandaub — 2. Abteilung, Gandaub, Klose I - Hausmann; 10,00: Nordost — 4. Abteilung, Damiß, Nagel-Schäp; 10,00: Hochberg — 1807, RHM, Navarre-Vidmoh; 10,00: Poseidon — Neulisch, Stadion, Frisch G. - Wyremba.

Gesellschaftsspiele am 22. Januar.

- 10,00: Vorwärts I — Ost I, Stadion, Sprich; 10,00: Vorwärts I — Ost I, Stadion, Sprich; 8,50: Wader II — Sil. Sid. II, Wobelpart, Dittich; 10,00: Wader I — Sil. Sid. I, Wobelpart, Rüdndel; 10,00: Stern II — Sturm II, Gräbichen, Stobinsky G.; 10,00: 1924 I — Hertha I, Gröschelwiese, Gornille; 9,00: 1924 II — Hertha II, Gröschelwiese, Quander; 10,00: Bratislawia Jgd. — Hertha Jgd., Gröschelwiese, Knobloch; 9,00: West 1. Jgd. — B. f. L. 1. Jgd., Eichenpark, Eder W.; 10,15: West II Jgd. — B. f. L. II Jgd., Eichenpark, Stiller; 10,00: Fr. Sportfr. II — F. S. B. II, Jankeholzweide, Tränkel.

Fußballpartei. Schiedsrichter-Vereinigung. Montag, 30. Januar, 20,30 Uhr, Volksversammlung. Nichterfahrenen wird bestraft. Anträge zur Volksversammlung sind bis 20. 1. an E. Sängler, Breslau 6, Westendstraße 61, zu richten.

S. B. 1921. Freitag 20 Uhr Generalsammlung in der Erholung, Eichenparkstraße. Sämtliches dem Verein gehöriges Material ist mitzubringen. Nichterfahrenen kann mit Ausschluß bestraft werden. Dienstag, 17. 1., 20 Uhr, Vorstandssitzung im Vereinslokal.

A. S. B. Bratislawia. Bei der am 6. Januar 1928 stattgefundenen Generalsammlung wurden folgende Genossen in den Vorstand gewählt: erster Vorsitzender E. Pajsch, Ainnestraße 15; zweiter Vorf. W. Bernert, Stolzstraße; Kassierer W. Hanschke, Bingenstraße 9; Sportwart M. Gregor, Salzstraße 31; Jugendobmann M. Grünner, Hirschstraße 11; Fußballobmann E. Wohl, Bingenstr. 14; Turnwart W. Jerofke, Kreuzburger Straße 17; Schriftführer H. Schlicher, Michaelstraße 6; Pressewart S. Nadom, Hebwigstraße 31, und die Weisiger Genossin Wader, Genossen W. Grünner, Köbner und Seibel. Freitag Sitzung bei Genossen Priegner, Bergmannstraße. Anschließend daran gemütliches Zusammensein. — Sämtliche Anführer sind zu richten an Genossen Walter Hanschke, Breslau, Bingenstraße 9.

Gundsfeld. Kraftsportverein „Jugendkraft“. Der dem Bezirk Breslau des Arbeiter-Athleten-Bundes angeschlossene Verein wählte in seiner Generalsammlung folgende Genossen: 1. Vorf. R. Kojchate, Breslauer Straße 21; 1. Kassierer F. Dehmel, Hehlung Friedelrad; 1. Schriftführer K. Kojub, Delänerstraße, Schmedebaus; Technischer Leiter S. Schirdewan, Kavalen 16. Arg in seiner Ent-wicklung gehemmt wurde der Verein durch die Lurnhallenmiete in Gundsfeld, die ihn zwangen, in kalten Scheunen zu üben. Doch ist mit der Eingemeindung auf ein besseres Arbeiten zu hoffen.

Dhlan. B. f. R. Dhlan I — A. S. B. Hertha Brie 17:3. Am Sonnabend fand das fällige Freundschaftsspiel statt. Sofort nach An-fang entwickelte sich ein scharfes und flottes Spiel, wobei es Dhlan gelang, in der zehnten Minute den ersten Treffer zu buchen. Bis zur Halbzeit wurde das Resultat auf 2:2 gestellt. Nach der Pause brüchte Dhlan nochmals und konnte bis Schluß das Resultat von 7:3 für Dhlan erreicht werden.

B. f. R. Dhlan II — A. S. B. Hertha Brie II, 5:1 für Brie; B. f. R. Dhlan 1. Jgd. — A. S. B. Hertha Brie 1. Jgd., 11:0 für Dhlan.

Vereinigte Theater

Lobe-Theater
Sonnabend, den 14. 1. bis Freitag, d. 20. 1. täglich 20 Uhr
Fünf von der Jazzband
Sonnabend, d. 21. 1. 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Erbschaft“
Von Antonio U-peitna
Sonnabend, den 21. 1. 28
Sonntag, den 22. 1. 28
täglich 15 1/2 Uhr
In kleinen Preisen
Christkindleins Märchenwald

Thalia-Theater
Sonnabend, den 14. 1. bis Freitag, d. 20. 1. täglich 20 Uhr
„Zinsen“
Sonnabend, 21. 1. 20 Uhr
Zum ersten Male!
„Die Lüge“
Drama von Holobowoy
Bjanzynichens
Sonnabend, den 21. 1. 28
Sonntag, den 22. 1. 28
täglich 15 1/2 Uhr
In kleinen Preisen
„Schwerwitten u. Kosenrot“

Wandeleihhaus Grundmann

Breslau, Trübner Str. 21
Verleihung v. Anzügen, Wäsche und Schmuckstücken

Masken und Theater-Kosmetik

von A. Proschcardel - vorklar bis ist
Gößtes Spezialhaus
Breslau, Messer-Gasse 58
An Messer-1 - Tel. 0. 46

Die letzten Tage im Inventur-Ausverkauf

Um zu räumen, verkaufen wir
Reife-Hände und Reispotten in
allen Abteilungen
noch billiger!

- Damen-Schürzen weiß und gestreift... 0.65
- Damen-Korsetts durchgehend... 0.95
- Hafel-Schürzen mit Fuß... 0.65
- Dam.-Befuchstasch. in verschiedenen Formen, jetzt 1.85, 1.35, 0.95, 0.50
- Oberhemd-Erlach-Chemisette einfarb. 0.95
- Steh- u. Stehumslege-tragen... 0.15
- Selbstbinder... 0.45
- Start-Koffer Hartplatte Gr. 45 1.85, 40 1.35, 35 0.85

leicht angelegte Damen-Wäsche, Tricotagen, Hand-tücher, Wollwaren
gewaltig im Preise herabgesetzt

Anton Brinsa G.m.
Breslau, Berliner Straße 21
Schulstraße 185 - fr. H. Petasch

Nur noch heute 2 mal 5 und 8 Uhr

Vat & Vatahon

Auf hoher See
Die letzten Seekämpfe
Kinder haben nur noch heute Zutritt
Gewerkschaftshaus - Lichtspiele

Morgen Donnerstag, den 19. Jan. 1928
neues Film-Programm

Die Moral der Gasse

der große Sittenfilm
Zutritt nur von 18 Jahren ab
Arbeiter-Sportkartell E. V.

Stadttheater Breslau (Opernhaus)

Einzelplan vom 15. bis 22. Januar 1928

- Montag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie D 11
Hoffmanns Erzählungen
Dienstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie A 11
Kasabieris ruffiana
hironi
Der Bajazzo
Mittwoch, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie B 11
Der Freischütz
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie E 11
Agnetta
Freitag, 19,20 Uhr
Gewerkschaften-Vorstellung
(Rein Parteinonpartei)
Freitag, 20 Uhr
Abonnement-Vorstellung Serie C 11
Fecchia
Sonnabend, 19 Uhr
Lohengrin

Schauspielhaus

Operettenbühne
Tel. Stephan 36300

Täglich 20 Uhr

Eine Frau von Format

Ein Lagerraum

in Glanewitzstraße 16-20 L in Größe von 360 qm ist sofort zu vermieten. Nähere Auskunft im Mag. Stadtbüro II, Blücherplatz 14, Zimmer 54.

Görlitz

Arbeiter-Schulräte u. Schulrat
empfehlen
H. Juné Görlitz
Bismarckstr. unter den Linden

Beuthen

Granit-, Dauerbrand- und Küchen-Oefen
nur bewährte Systeme
durch Großverkauf billigste Preise

Koppel & Taterka

Beuthen OS. Hindenburg OS.
Piekarer Straße 23 Kronprinzenstr. 127
Telephon 248/2049 Telephon 3190

Inserate

haben in unserer Zeitung
guten Erfolg!

Breslau, 18. Januar.

Die EingemeindungsVorlage wieder dem Gemeindevorstand überwiefen

Der Preussische Landtag hat gestern in seiner ersten Plenar-sitzung nach den Ferien die Breslauer EingemeindungsVorlage dem Gemeindevorstand überwiefen.

Der Lubendorff in der Westentasche oder ein böser Kleinod

Als vor einigen Wochen Lindström alias Lubendorff in Breslau erschien, strömten jene, die nicht alle werden, und deren gibt es nicht wenig in Breslau, in das Konzerthaus, um den Ritter von der blauen Brille über das Geheimnis des „künstlichen Juden“ phantastieren zu hören.

Unsere Breslauer Lubendorff in Miniaturausgabe, Herr Hans Kurlch, schnappte durch diesen „Erfolg“ über und glaubte, durch sein Ausfragen eine Versammlung im Schießwärdler füllen zu können, die am Montag stattfand. Leider kam es etwas anders. Die Massen blieben der Versammlung fern. Wenn nicht einige Arbeiter aus Neugierde diese Versammlung besucht hätten, hätte Herr Kurlch mit seinen Anhängern in einem Vereinszimmerchen Platz gehabt.

Was Herr Kurlch in seinem halbstündigen Referat ausführte, ist nicht wert, wiedergegeben zu werden. Er begnügte sich damit, alle Schuld an dem Elend des deutschen Volkes den bösen Freimaurern und Juden zur Last zu legen. In der Diskussion sprachen die Genossen Steffen und Erbe, die gründlich mit dem Referenten und seinem Humbug abrechneten. Starke demonstrativer Beifall folgte den Ausführungen unserer Genossen. Erwähnenswert ist noch, daß sich in der Diskussion ein Faschist mit seinen Heldentaten bei Veena rühmte. Die revolutionäre Arbeiterklasse Breslaus hat sich diesen Bruder gemerkt. Der Referent wagte nicht, im Schlusswort auf die Ausführungen unserer Genossen einzugehen. Bevor der Versammlungsleiter die Versammlung schließen konnte, wurde ein von unseren Genossen ausgebrachtes Plakat auf die kommunalistische Internationale befestigt aufgenommen, und unter dem Gesang der „Internationale“ verließ der überwiegende Teil der Besucher die Versammlung. Alles in allem, eine unglückliche Meile für eine Herde von wildgewordenen Spießbürgern.

Obwohl die tapferen Lannenberg-Jünglinge während der Versammlung nicht wägen, den Mund aufzumachen, kühlten sie nach der Versammlung ihr Mäthen an einzelnen Arbeitern. In Trupps von 30 und 40 Mann überfielen sie einzelne Arbeiter. So verfolgte ein Trupp von 25 solcher Banditen einen Kameraden und eine Genossin bis zum Ring. Als die Polizei Feststellungen machen wollte, war ihr Mut allerdings beträchtlich gesunken. Aber Festigkeit ist ja schon immer ein Kennzeichen dieser Burischen gewesen. Wir werden uns die Taktik dieser Banditen merken.

Kennzeichnend ist, daß die „Breslauer Neuesten Nachrichten“, die man besser „Breslauer Lügennachrichten“ nennen sollte, einen ziemlich genauen Bericht (woher stammt er wohl, Herr Polizeipräsident?) über „Ueberrfälle von Kommunisten auf Lannenberg-Leute“ bringen. Heraus mit den Faschistenblättern aus jeder Arbeiterwohnung!

Während und nach Schluß der Versammlung betätigte sich die Polizei wieder mal als Beschützerin der Palastkreuzler und Schlug mit Gummiknüppeln auf die Arbeiter ein, die von den Lannenberglern provoziert wurden. Besonders brutal ging sie in der Reventhaler Straße gegen Arbeiter vor, die grundlos von ihr mit Gummiknüppeln geschlagen wurden.

Wir protestieren gegen diese unerhörten Mißhandlungen, die in weitesten Kreisen der Arbeiterklasse heftige Empörung ausgelöst haben.

Eisenbahnunfall auf dem Hauptbahnhof

Gestern vormittag 9.30 Uhr fuhr ein Güterzug im hiesigen Hauptbahnhof auf einen Postwagen. Bei dem Zusammenstoß wurde der Postkassierer Büttner aus Berlin erheblich verletzt. Der Postwagen entgleiste mit beiden Achsen. Die Störung war um 11 Uhr beseitigt.

Auch das Handelskapital für das Rotprogramm der Industrie

Vor einigen Tagen hielt das Vorstandsmittglied der Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels, der Oberregierungsrat a. D. Dr. Tiburtius, im Verein des Breslauer Einzelhandels einen Vortrag über Finanzpolitik. Der Redner, ein Mitglied des Reichswirtschaftsrates, ritt als getreuer Schüler Schachts eine scharfe Attacke gegen die Kommunen, denen er mangelnde Sparkraft vorwarf. Er forderte, daß die Gemeinden unter Kuratel des Reichsfinanzministers und eines Sparkommissars gestellt werden. Seine politische Weisheit hat dieser Klappschreiber des Handelskapitals offenbar nicht nur aus dem Rotprogramm der Industrie, sondern aus Vorkriegsreden des Junkers Döberberg von Januscha geschöpft. Wie dieser dem aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen Reichstag nicht das „Portemonnaie der Besitzenden“ überlassen wollte, so will Tiburtius nicht, daß diejenigen über die Gewerbesteuer entscheiden, die sie nicht zu bezahlen brauchen. Blödeste Weisheitsbierdemagogie, die zugleich die Unwissenheit dieses „Finanzpolitikers“ verrät. Jeder volkswirtschaftliche WOC-Schüge weiß, daß die Gewerbesteuer ebenso auf die Schultern der Konsumenten abgewälzt wird, wie Umsatzsteuer, Zinsen usw. Herr Tiburtius aber lehnt sich nach den Zeiten zurück, in denen infolge des Hausbesitzprivilegs die Vertreter der Besitzenden allein über die Gewerbesteuer zu entscheiden hatten. Er übertrumpft also noch Schacht und möchte sich folgerichtig zu einem Agitator für ein neues Dreiklassenwahlrecht entwickeln.

Die kleinen Gewerbetreibenden, die durch Buchermieten, Steuern usw. erdrückt werden, haben kein Interesse an der Schächtigen Finanzpolitik und dem Rotprogramm der Industrie, das auf Verlängerung der Arbeitszeit, Lohnsenkung, Abbau der sozialen Leistungen usw. hinausläuft. Auf Arbeiterkundschaft angewiesen, haben sie das größte Interesse an der Bekämpfung der Bürgerlosipolitik, die den Rest schon und alle Lasten dem Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleingewerbetreibenden aufbürdet. Leider liegt auch in Breslau die Führung des Einzelhandelsverbandes nicht in den Händen der kleinen Gewerbetreibenden, sondern in denen der Handelskapitalisten. Von dieser Führung, die im Fahrwasser der Schwarzmaier segelt, sich freizumachen, das muß die Aufgabe aller derjenigen Gewerbetreibenden sein, die erlärnt haben, daß die Bürgerlosipolitik als die Interessenvertreterin der Schwerindustrie und des Großkapitals ihre Existenz bedroht.

Unsere Leser werden sich noch der vorjährigen L.L.-Feier im Konzerthaus erinnern. Schon damals bemühte sich die kommunistische Partei, die dem Gedächtnis unserer drei großen Toten gewidmete Feier in würdigster Weise durchzuführen. Diese Auffassung hat auch die Vorbereitungen zu der diesjährigen L.L.-Feier geleitet.

Sie findet am morgigen Donnerstag im Zentralballsaal statt. In ihrem Mittelpunkt steht die große politische Revue. In 21 Bildern sollen Ausschnitte aus dem Leben und der Arbeit Lenins, Liebknechts, Luxemburgs gezeigt werden.

Ein „Hänkelefang“ geht als Vorspiel voran. Die vier „Himmel“ der Monarchen, Reichen, Epischer und Arbeiter werden gezeigt und leiten zur eigentlichen Revue über. Diese beginnt mit Lichtbildern aus der russischen Revolution von 1905. Das russische Loosspielwesen schießt seine Agenten über die Grenzen von Väterchens Reich. Eine Kneipenszene folgt. Wilhelm und sein „Hof“ treten auf. Historische Plakate aus seinem und seiner „Getreuen“ Munde zeigen diese Jammergestalt eines „Monarchen“ im richtigen Lichte. Die Reichstagsitzung des 4. August schießt sich an. Und dann beginnt der Krieg. Militär marschiert aus, die ersten Schüsse fallen, in Lichtbildern erstehen die Schreden des Krieges. Damit ist der erste Abschnitt beendet.

Der zweite legt die Kriegsbilder fort. Auf der Bühne tummelt sich auf dem Feldherrnhügel in sicherer Entfernung vom Kampf die Generalschleue. Die Krüppel besillieren, der Tod rast umher, im Stachelkraut verblutet einer für Gott, König und Vaterland. Die nächsten Bilder zeigen das „Hinterland“: eine sozialdemokratische Bezirksversammlung, eine Szene aus dem Gefängnis, in dem Rosa Luxemburg gefangen gehalten wird, die Wohnung Lenins in Zürich. Mit dem 14. Bilde, einer Diskussion zwischen Kriegseegner und -anhängern schließt der zweite Teil der Revue.

Berspätete Ehrung eines politischen Greises

Der 70 Jahre alt gewordene Geh. Justizrat Dr. Heilberg ist in diesen Tagen in der gesamten bürgerlichen Presse von der „Schleifchen“ bis zur „Volkswacht“ gefeiert worden. Der Befahrte, der typische deutsche Ideologe, mag sich in seiner Eigenschaft als Spezialist des Zivil- und Verwaltungsrechtes einige Verdienste erworben haben; er wird auch zweifellos an Kenntnissen und Vergabung die Epigonen des „Fortstrettes“ um Hauptlänge übertragen. Was jedoch Heilbergs politische Tätigkeit anbelangt, so ist sie gekennzeichnet durch die dem „fortschrittlichen“ Bürgertum eigene Feigheit. Solange Heilberg beim Freisinn, später bei der Fortschrittspartei politischen Einfluß besaß, hat er diesen stets ausgeübt zur Verkleinerung von Gegensätzen, Vermeidung von Konflikten und Tötung jedes Restes von Energie, der in Teilen des Bürgertums noch vorhanden war. Er war der Schildknappe der freisinnigen Magistratsheerzeit, und seine vielgerühmte „Objektivität“ wurde sehr oft zur ausgesprochenen Knechtseligkeit. Wenn Heilberg gegen das Dreiklassenwahlrecht „Kämpfte“, vergaß er bestimmt nicht zu bemerken, daß auch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht seine Mängel habe. Schändlich war die Haltung Heilbergs anlässlich der Jahrhundertfeier der Freiheitskriege im Jahre 1913. Auf Geheiß der Hohenrollen und der sich mit ihnen solidarierenden Junker setzte der Magistrat das durchaus zahne Festspiel Gerhart Hauptmanns ab. Ein Sturm der Empörung ging durch die Arbeiterklasse und weite Kreise der Intellektuellen. Herr Heilberg wandte sich zwar gegen die tronprinzliche Zensur, brachte es aber fertig, die Haltung des Magistrates unter Berufung auf das „Verantwortlichkeitsbewußtsein“ häßlicher Politiker zu verteidigen. Das war der demokratische Männerstolz vor Fürstenthronen. Der Magistrat Heilberg, der während seiner jahrzehntelangen Führertätigkeit immer den Grundsatz vertreten hat: „Um Himmelswillen keine Konflikte!“ ist nicht erst 1925 hiezig Jahre alt geworden. Er war immer ein politischer Greis. Daher Führer einer Partei, für welche die Totenglocke längst geschlagen hat.

200 Zentner Heu verbrannt. Montag 21.30 Uhr wurde die Feuerwehr nach Brodauer Straße 9 alarmiert. In einem Heuboden der Firma Kahler waren 200 Zentner Heu in Brand geraten. Die Feuerwehr hatte über vier Stunden angestrengt zu arbeiten, das große Feuer zu löschen.

Ein Jung-Arbeiter vermißt. Seit Sonnabend wird der 15 Jahre alte Arbeiter Richard Bach, Steinauer Straße 30 wohnhaft, vermißt. Er ist zur Arbeit gegangen, an der Arbeitsstelle aber nicht eingetroffen. Der Vermißte ist 1,50 Meter groß, hämmig, blond.

Nieder geschlagen. Im Verlaufe einer Schlägerei vor dem „Frischer“ auf dem Reherberg wurde gestern nacht der Arbeiter Willi Peters, Senfstraße 25, niedergeschlagen und schwer verletzt. Er mußte ins Krankenhaus überführt werden.

Schwerer Unfall. Als die Landwirtin Frau Pauline Häbner in Kaiserwaldau mit ihrem Fuhrwerk an abschüssiger Stelle der Dorfstraße einem anderen Gespann aneinander wollte, stürzte der Wagen um und verletzte die Frau daran, daß sie eine schwere Gehirnerschütterung davontrug.

Den Verletzungen erliegen. In der Universitätsklinik starb der 27jährige Dr. Glaser, Fürstenstraße 99, der am 10. Januar mit seinem Auto gegen einen anderen Kraftwagen geraten und dabei schwer verletzt worden war.

Ein 20 000-Mark-Darlehen. Der Magistrat hat beschlossen, der Bürgerrettungsanstalt zu ihrem 90 jährigen Bestehen ein zinsloses Darlehen von 20 000 Mark als Jubiläumsgabe zu gewähren.

Gewerkschaftshaus-Vorspiele. Laßfallen durchbrausen allabendlich den weiten Gewerkschaftshausaal, wenn Pat und Patathon ihre Arbeit an der Filmleinwand verrichten. Da heute unwiderruflich die letzten zwei Vorstellungen sind, kann nur bringend geraten werden, zeitig zu kommen. Wer einmal wirklich lachen will, sehe sich einmal die tollen „Seelcut“ Pat und Patathon an.

Der dritte Teil wird durch den Anmarsch der Revolution eingeleitet; die Mörderbanden Moskes, Spartakus im „Vorwärts“-Gebäude folgen. Einer der Höhepunkte ist wohl die Szene im Eden-Hotel. Ein Ausschnitt aus ihr:

1. Offizier: „Mann, was wollen Sie?“

Soldat: „Melde gehorsamst, Befehl ausgeführt!“

Offizier: „Mann, wer sind Sie, von welchem Befehl reden Sie?“

Soldat: „Melde gehorsamst, Befehl: Fusar Runge, Liebknecht und die Luxemburg niedergeschlagen.“

Offizier: „Donnerwetter!“

Soldat: „Zum Beweis hier der Kolben.“

Offizier: „Bravol Feber anständig denkende Deutsche wird aufatmen, wenn er hört, daß diese betben Lumpen enblich ins Jenseits befördert worden sind. Der Dank des Vaterlandes gebührt uns dafür.“

Mit Karl und Rosa Ermordung endet der dritte Teil.

Der letzte Abschnitt führt nach Sowjetrußland: Dubjony, die Rote Armee, russische Bauern, Lenin treten auf. Mit dem großen Schlußbild, einem Mahnruf zum Klassenkampf, üngt die Revue aus.

Unsere Leser werden aus dieser kurzen Inhaltsangabe schon gemerkt haben, daß die Donnerstag-Aufführung etwas anderes ist, als spießhafte „Theaterspielerei“. Für die Revue ist eine eigene Musik geschaffen, und stilisierte Bühnenbilder werden den Vorgängen auf der Bühne den entsprechenden Rahmen geben. In die Spielhandlung hineingeflochten sind Lichtbilder, die das Werk zu einem Ganzen abrunden werden.

Es gilt, zu dieser Veranstaltung tausende Breslauer Werktätige heranzuziehen. Unsere Genossen müssen noch bis morgen alle Kräfte anspannen, für Massendruck zu werden. Die diesjährige L.L.-Feier muß ein wichtiges Bekenntnis zu den Ideen der drei Toten werden. Darum auf in den Zentralballsaal!

Mittelschlesien

Trebnitz. Vier Verletzte bei einem Autounfall. Bei Maluschitz verunglückte ein Breslauer Auto. Der Kraftwagen geriet ins Schlingensiefel, sauste an einen Baum und überschlug sich. Sämtliche vier Insassen wurden verletzt. Sie konnten nach Anlegung von Verbänden bis auf einen, der schwer verletzt war, wieder nach Breslau zurückkehren.

Brieg. Blutige Messerheerei. Anlässlich einer Theaterprobe in Linden beschäftigten sich einige junge Leute damit, ein im Finstern plauderndes Pärchen mit Taschenlampen zu beleuchten. Dies reizte den Schlossergesellen Klein dienst vor hier derartig, daß er zum Messer griff und den Landwirtsohn Breslau durch mehrere Stiche schwer verletzte. Zu Hilfe eilende Personen wurden ebenfalls gestochen. Erst nach heißen Mähen konnte er gebändigt werden. Die Verletzungen der Gestochenen waren so schwer, daß sie mittels Auto dem Brieger Krankenhaus zugeführt werden mußten.

Achtung, Donnerstag-Revue!

Alle Mitwirkenden an der Donnerstag-Revue sind verpflichtet, die noch stattfindenden Proben pünktlich zu besuchen. Diejenigen Genossinnen, Genossen und Kameraden, die trotz übernommenen Verpflichtungen nicht erscheinen, werden von den Organisationsleitungen zur Verantwortung gezogen. Wir erwarten genaueste Beachtung dieser Aufforderung.

Bezirksleitung Schlesien der SPD. Durchführung Schlesien des L.L.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen

- Breslau. Stadtteil 1 (Süd). Freitag 19.30 Uhr ordentl. Mitgliederversammlung Weibschloß, Weibschloßstraße. Tagesordnung: 1. Leninismus und Trebnitzismus. Ref. Hausen. 2. Unsere Arbeit auf dem Lande. Ref. Schild. Kein Parteimitglied fehle! Stadtteil 2 (Nord). Stragenzeile 6 und 7 und RFB. Donnerstag 19 Uhr Antreten Brigittental 7. Stadtteil 3 (West). Alle Genossen beteiligen sich! Mittwoch 18 Uhr an der Demonstration. Treffpunkt Striegauer Platz.

Kommunistischer Jugend-Verband

- Breslau. Nord. Mittwoch 20 Uhr Heimabend Michaelisstr. Ref. anwesend. Süd und Zentrum. Mittwoch 20 Uhr Heimabend in der Alshersburg, Sonnenstraße 33.

Jung-Spartakus-Bund

- Breslau. Gruppe Nord. Dienstag und Donnerstag 17 Uhr Zusammenkunft „Stadt Ranslau“. Egan. Jeden Mittwoch 18 Uhr Heimabend beim Leiter.

Roter Frontkämpfer-Bund

An alle Ortsgruppen und Abteilungsleiter! Wir machen nochmals darauf aufmerksam, daß im Monat Januar fünf Beitragsmarken geliebt werden. — Gausfung.

Breslau.

- Mit. 4. Mittwoch 18.30 Uhr alles antreten Striegauer Platz mit Tambourkorps. Mit. 6. Mittwoch 18.30 Uhr alle Kameraden mit Rädern im Markschangung bei Janke, Friedrichstraße 41. Eintrittskarten zur L.L.-Feier bei Kamerad Zimmermann, Lewaldstr. 21. Strecken, rote Jungfront. Mittwoch 19 Uhr Mitgliederversammlung bei Wende, „Stadt Breslau“. Freiburg. Kapelle Mittwoch 19 Uhr bei Kamerad Engel, Enderlgaße. Altwasser, RFB. Donnerstag 19 Uhr 5. Genossin Zahn, Charlottenbrunner Straße 58, Mitgliederversammlung. Freiburg. Metallarbeiterjugend. Mittwoch 19.30 Uhr im Saal zum „Wischer“ Jugendabend. Erscheinen aller Jugendlicher Pflicht, besonders derer, die zur Entlassung kommen. Gagnau, Freiburgerjugend. Donnerstag Singabend im Heim. Grünberg. Donnerstag 19 Uhr bei Fabich Funktionärsfung.

Verantwortlich: für den politischen Teil Kurt Dombrowski, für „Kritik und Bericht“ und „Mittelschlesien“ Wilhelm Dörmann, für „Breslau“, „Welt“ und die übrigen Beilagen Alfred Thomas, sämtlich in Breslau. — Für den überparteilichen Teil Fritz Jendrosch, Wbl. Olewik. Für Inserate B. Gerber-Breslau.

Massen heraus! Donnerstag 20 Uhr Zentralballsaal Westendstraße 50/52 LLL-Feier Eintritt 60 Pfg. Erwerbslose 30 Pfg.

Mittwoch pünktlich 19.30 Uhr im „Zentral-Ballsaal“ zur Generalprobe.

Waldenburger Bergland

Die Neu-Salzbrunner Bergarbeiter gegen die reformistische Lohnpolitik

(Von unserem Gewerkschaftsberichterstatter.)

Am Sonntag, dem 15. d. M., fand im Gasthof zum Steinbrunn, Neu-Salzbrenn, eine Jahreshauptversammlung des A.B.V. statt. Kamerad Steinbrunn von der Bezirksleitung war als Referent erschienen und sprach über die abgeschlossene Lohnbewegung. Er hatte es wirklich nicht leicht, die reformistische Lohnpolitik mehr als pflichtgemäß verteidigen, und dabei konnte er auch nicht im geringsten etwas Gutes von der abgeschlossenen Bewegung berichten. Er mußte nur immer zu sagen, daß die Bezirksleitung sich zusammengesetzt und besprochen hat, dann wieder zusammengelegt und verhandelt, und so ging's fort, bis die Verbindlichkeitsklärung da war. Und nun ist die Sache erledigt, jetzt müßten die Kumpels warten bis zum 31. August. Seine Rede lang darin aus, daß erst 90 Prozent der Bergarbeiter organisiert sein müßten, ehe ein richtiger Kampf aufgenommen werden könne. Die Diskussion, welche nun folgte, und an der sich eine ganze Anzahl Kameraden beteiligten, war äußerst lebhaft. Sämtliche Diskussionsredner wendeten sich gegen den neuen Tarif und kritisierten auf's Schärfste die gewerkschaftliche Lohnpolitik. Sie brachten zum Ausdruck, daß der Streik von Erfolg gekrönt gewesen wäre, und daß die 22 Delegierten, welche auf der letzten Revierkonferenz für den Streik stimmten, den Bergarbeitern den rechten Weg gewiesen hätten. Unter anderem fiel die Äußerung: „Sollte man mit der Lohnpolitik so weiter verfahren, so sollte sich die Bezirksleitung nicht wundern, wenn die Bergarbeiter eines Tages auch ohne sie den Kampf aufnehmen würden.“

Zu bemerken sei hier, daß fast sämtliche Diskussionsredner der SPD. angehörten. Auf Grund dieser Aussprache war das Schlusswort des Referenten noch kläglich wie der Vortrag. Die Kameraden ließen sich nicht mehr bereden. Die Tatsachen sprechen zu sehr gegen die reformistische Politik.

Bergarbeiter der anderen Jahrestellen, folgt dem Beispiel der Neu-Salzbrenner Kameraden. Nehmt zu der abgeschlossenen Lohnbewegung Stellung und sagt der Bezirksleitung, daß eine Wiederholung auf keinen Fall mehr gebildet wird!

Groß-Waldenburg

L.-L.-F. in Weißstein. Die am 15. Januar in Weißstein vom kommunistischen Jugendverband veranstaltete L.-L.-F. war von bester Kampfstimmung besetzt. Dem Tage entsprechend, war das Programm dem Leben der Toten gewidmet. Drei Bilder aus dem Leben Liebknechts ließen seinen edlen Opfermut und Lebensweg im Dienste der Befreiung der unterdrückten Proletariate erkennen. Genosse Thomas behandelte in seiner Ansprache ausführlich das Leben und Wirken der drei Verstorbenen von der Jugendzeit bis zu ihrem Tode. Des weiteren gelangt das Stück „Rebellenblut“ zur Ausführung sowie ein Sprechchor, welcher eine besonders anregende Wirkung fand. Auch der Jung-Spartakus wollte nicht zurückbleiben. Er zeigte den Anwesenden sein Können und erntete reichen Beifall. So ward dieser Abend eine würdige Gedächtnisfeier für die toten Helden der proletarischen Revolution.

Volkstonart in Dittersbach. Am Mittwoch, dem 18. Januar, abends 8.15 Uhr, findet das 3. Volkstonart der Waldenburger Bergarbeiter im Saale des Hotels zum Försterhause statt. Der Eintrittspreis beträgt 50 Pf., für Vereinsmitglieder der Musikfreunde die Hälfte.

Von der Weißsteiner Roten Hilfe. Die letzte Sammelaktion von der Roten Hilfe, Ortsgruppe Weißstein, zeigte, daß sich auch hier rührige Genossen fanden, sie erfolgreich durchzuführen. Außer dem Betrag von 59.15 Mark konnten noch folgende Sachen abgeliefert werden: 5 Paar Schuhe, 2 Paar Strümpfe, 5 Hüben, 2 Pelztragen, 2 Schürzen, 1 Kleid, 1 Oberhemd, 1 Beinleid und 1 Unterrod.

Tierquälerei. In einem Lokal in Bad Salzbrenn machte es sich ein Fleischmeister außerordentlich gemächlich, während er sein Pferd mehrere Stunden unbedeckt vor dem Lokale stehen ließ. Selbstverständlich wurde das Tier unruhig und hatte sich etwas fortbewegt. Als dies der ziemlich „eingepöbelte“ Fleischmeister bemerkte, schlug er darauf auf das Pferd ein, daß diesem das Blut aus der Schnauze quoll und der Kopf flatternde Wunden aufwies. Erst die hinzugerufene Polizei mußte diesem unverantwortlichen Treiben ein Ende

machen. Diese ungläubliche Tierquälerei dürfte für den Fleischmeister wohl noch eine empfindliche Strafe zur Folge haben.

Schweidnitz

St. Nikolaihaus beim Einwohnermeldeamt. Bei obigem Meldeamt scheinen „nette“ Zustände zu herrschen. Wir konnten feststellen, daß ein Ehepaar, das schon vor 30 Jahren standesamtlich getraut worden ist, heute noch in den Akten des Meldeamtes getrennt geführt wird, ja sogar eine Tochter nach 1913 als lebend geführt wurde, obwohl seit deren Tode schon sieben Jahre verstrichen sind. Alles dies trotz jährlicher Steuerveranlagung, also wiederholter Volkszählung, trotz Wohnungszählung usw. Wie das möglich ist, ist uns ein Rätsel. Wahrscheinlich haben die durchweg national eingestellten Beamten Wichtigeres zu tun. Noch schöner ist es beim Umtausch von Duitlingenkarten. Eine Woche muß man darauf in der Regel warten. Rehe aber, wenn ein Prolet seinen Umzug nicht so fröhlich rechtfertigt anmeldet, da entsteht aus den sonst so stillen Räumen des Meldeamtes ein Detektivbüro.

Achtung, Wohlfahrtsunterstützungsempfänger! In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß der Magistrat Erwerbslosen, die aus irgendeinem Grunde keine Unterstützung mehr bekommen, die ihnen dann gnädigst zugewilligte städtische Unterstützung sofort wieder zurückerlangt, sobald so ein armer Teufel wieder mal Arbeit gefunden hat. Wir ersuchen alle Kollegen, dies sofort einem Mitglied der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion mitzuteilen, auch Fälle aus dem Beamtenkreise. Bedingung aber ist schriftliches Material! In letzter Zeit müssen alle Ausgesteuerten, wenn sie städtische Unterstützung beziehen, dafür drei Tage bei der Stadt arbeiten. Allerdings Achtung vor so einem geschäftstüchtigen Magistrat. Das nennt man dann „Ersparnisse beim Wohlfahrtsetat“.

Aus dem Betrieb Siemens A.-G. Ein Arbeiter schreibt uns: Die Zustände in dem Siemens-Betrieb sind bald unerträglich. Langjährige Weber gehen mit einem Wochenlohn von 16 bis 18 Mark am Lohnstage nach Hause. Dauern werden Betriebsumstellungen vorgenommen. Das Zweischichtensystem hat sich zum großen Schaden der Arbeiterschaft ausgewirkt. Das Organisationsverhältnis ist schlecht. Ueber ein halbes Jahr schon keine Betriebsversammlung, monatlang keine Gewerkschaftsversammlung. Der rein reformistische Betriebsrat sieht in der Agitation für das Reichsbanner und im Umstoß von Billets für die vom Arbeiterbildungsausschuß aufgestellten Operettenvorstellungen seine Hauptaufgabe. Die Opposition kämpft hier unter fortwährenden Schwierigkeiten. Trotz mehrmaligem Beschluß der Zahlstelle wird Kollege Joppmeisel nicht vom Hauptvorstand aufgenommen. Kollegen von Siemens A.-G., verlangt sofort Delegiertenversammlungen und Auswahl des Betriebsrates. Stellt solche Kollegen an die Spitze, die eure Interessen wirklich vertreten. Kämpft für Wieder-aufnahme der Ausgeschlossenen und für Revolutionierung des Textilarbeiterverbandes. In Kürze läßt unser Tarif ab. Die Mindestforderung der schlesischen Textilarbeiter ist die achtstündige Arbeitszeit bei 40 Prozent Lohn-erhöhung!

Striegau

Betriebskündigung. Die hiesige Kofferfabrik von Riesenfeld beabsichtigt, ihren gesamten Betrieb stillzulegen und hat den größten Teil der Arbeiterschaft bereits sofort entlassen, während der restliche Teil in 14 Tagen die Arbeitsstelle verlassen muß. Bei dieser Gelegenheit hat sich herausgestellt, daß die Firma im Laufe des letzten Jahres für die Belegschaft keine Jubiläumsgelder geleistet und auch die Krankenversicherungsbeiträge nicht zeitlos abgeliefert haben soll. Die Invalidenversicherung und die Allgemeine Ortskrankenkasse haben bereits den Klageweg beschritten.

Treiben. Ohne Schnee kein Wintersportfest. Der Riesengebirgszweig hatte für vergangenen Sonntag ein großes Wintersportfest angelegt. Leider war bis zum Sonntag der Schnee vollständig verschwunden, und so hat man, in der Hoffnung, daß der Retrus die Erde bis zum kommenden Sonntag noch einmal weiß eindeckt, die Veranstaltung auf den 22. Januar verschoben.

Brieglau

Unterhaltung über Liebknecht. Karl Liebknecht hat einen Sohn hinterlassen, der zurzeit studiert.

Niederschlesien

Görlitz

Gute kurze Stadtverordnetenitzung

Schließung des Kindererholungsheims Deubitz. Nur die Kommunisten sprechen dagegen.

Die Wahl der Organisationskommission ergab für die Bürgerlichen 5 Sitze, für die SPD. 3 Sitze und für die Demokraten 1 Sitz. Sodann wurden 25 Staatsanträge für 1927 um 71.914,40 Mark verhängt. Darunter war eine Verjährung für das Kinderheim Deubitz in Höhe von 6000 Mark. In der Begründung dazu wurde vom Magistrat gesagt, daß in den neun Monaten von April bis Dezember die Belegung des Kinderheims so fast war, wie im ganzen Rechnungsjahr 1926. Weitere Angaben entziehen nicht, weil das Heim von Januar bis März 1928 geschlossen sein soll. Auf eine Anfrage unserer Genossen beim zuständigen Dezernenten, wurde die Schließung mit Sparmaßregeln begründet. Genosse Ulrich legte unseren Standpunkt hierzu dar. Selbst von bürgerlichen Vertretern ist des öfteren erklärt worden, daß Sparmaßnahmen an der Gesundheit unserer Kinder am wenigsten am Platze sei. Selbst wenn die Jahresbelegungsziffer des Heims in den neun Monaten des Vorjahres durchgeführt wurde, bleiben bestimmt noch genügend erholungsbedürftige Kinder der Volksschulen übrig, für deren Gesundheit das schließende Vierteljahr sehr förderlich wäre. Die Schließung des Erholungsheims durch den Magistrat bedeutet eine Rückschritt über den Kopf der Stadtverordnetenversammlung hinweg, gegen die wir auf das entschiedenste protestieren. Sogar Stadtmagistrat Dr. Herold stellte sich auf den Standpunkt unserer Genossen, indem er ebenfalls Sparmaßnahmen an der Gesundheit der Kinder für nicht angebracht hielt. Bei der Beratung des neuen Haushaltsplanes wird Gelegenheit sein, auf solche „Sparmaßnahmen“ nochmals einzugehen. — In der nächsten Vorlage wurde der Eingemeindung einer Begegnung aus dem Ortsteil Langenau in den Gemeindegemeinde Rottwasser zugestimmt. Des weiteren bewilligte die Versammlung die Kosten für die Instandsetzung der Lichtanlagen auf dem Gute Rieder-Royz. Die Sitzung dauerte nur eine Stunde.

Aus dem Gerichtssaal

Vor dem erweiterten Schöffengericht stand der Obergerichtsvollzieher Klempe aus Rothenburg O.L. Diesem Vertreter städtischer „Berechtigter“ werden nicht weniger als 53 Mitschuldigen gehen zur Last gelegt. In erster Instanz war er deswegen zu einem Jahr sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden. Dagegen hatte er Berufung eingelegt. Die Verhandlung dauerte von früh 10 Uhr bis abends in die 8. Stunde. Neben dem Angeklagten der einzelnen Fälle nahm über zwei Stunden in Anwesenheit der ersten seiner Bergehen liegen bis zum Jahre 1924 zu. Bei einer Reihe von Pfändungen, in denen es sich um Zigarren handelte, holte er diese zwar ab, ließ sie aber bis 1926, als das Amtsgericht, gebrängt durch die auf ihr Geld wartenden Gläubiger,

einschritt, liegen, dann erst schritt er zur Versteigerung. Inzwischen waren von den Zigarren insgesamt 130000 Stück für 10000 Mark verschunden! Daneben hatte der Angeklagte einem Zigarrenhändler Max aus Rothenburg gegenüber manchmal „ein Auge zugeknipft“, wenn er zu Pfändungen schreiten sollte, weil er, obwohl selbst Vater von fünf Kindern und im Alter von 52 Jahren, verjügte, ein Liebesverhältnis zu der jungen Frau des Max anzufangen. Er schrieb glänzende Liebesbriefe, und Max, dem das belamnt war, verjügte Kapital daraus zu schlagen. Max, der als Zeuge geladen war, zeigte sich als ein ganz raffiniertes „Gefäßtsmann“, der ebenfalls auf die Anklagebank gehört hätte. Rechtsanwalt Abiaß, Hirschberg, verjügte vergeblich, eine Rohrenwäscherei. Er schlichtete den Angeklagten als „deutschen tüchtigen Beamten“, der von Arbeit überläßt, später diesem raffinierten Ehepaar Max zum Opfer gefallen sei; denn Max habe schon einen Bahnbearbeiter um seine Stellung gebracht. — Die Revision des Angeklagten wurde verworfen. Die viele Beamte der freien Republik, die sich als Diener der Gerechtigkeit brüsten, mag es noch geben, die ähnliche Fälle hinter sich haben. Sind es keine Beamte und es kommt ans Tageslicht, schickt man diese ins Gefängnis. Sind es aber hohe Beamte wie Jürgens usw., so geht man darüber hinweg und zahlt noch Entschädigungen. E. J.

Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenitzung, die am 20. Januar stattfindet, steht u. a. die vorläufige Besoldungsneuregelung der Magistratsmitglieder, Beamten und Lehrer. Es handelt sich um eine vorläufige Regelung, da von Seiten des Reiches wie auch von Preußen die Neuregelung der Beamtenegehälter noch nicht endgültig abgeschlossen ist. Weiter soll die Verammlung entscheiden über die Verbehalten der städtischen Verwaltung für das Stadttheater. Auch kommt die in der letzten Sitzung zurückgebliebene Interpellation über Wohnungsbau und Volkshandarbeiten zur Behandlung sowie eine solche über den Stand der Eingemeindung mit der Görlitzer Vororten.

Unfälle. Ein Arbeiter von hier, der mit seinem Kade die Jalousiestraße befährt, wurde an der Ecke Hospitalstraße von einem Motorradfahrer, der in ziemlich schnellem Tempo fuhr, angefahren. Er trug erhebliche Verletzungen davon, so daß er sich in ärztliche Behandlung begeben mußte. Das Rad wurde stark beschädigt. — Auf der Prager Straße fuhr ein Motorradfahrer mit einem Auto zusammen. Der Motorradfahrer wurde vom Kade geschleudert und zog sich erhebliche Verletzungen zu. Vom Auto wurde er sofort zum Arzt gefahren. Solche Unfälle könnten vermieden werden.

Diebstähle. Bei einem Bäckermeister auf der Prager Straße wurden die Gehirnschrauben entzogen und mehrere Kleidungsstücke sowie Geld und eine Uhr gestohlen. An einer anderen Stelle wurde ein Reifensack entzogen und eine Briefschloß mit 10 Mark entwendet. Bei beiden Diebstählen kommt derselbe Täter in Frage.

Parteilosen, A.B.-Kameraden. Am Sonnabend findet in Leichwitz bei Görlitz eine öffentliche Versammlung statt, in der der Genosse Ulrich über „Bürgerblock und Arbeiterkraft“ sprechen wird. Anschließend findet die Gründung einer Ortsgruppe der SPD. statt. Arbeiter von Leichwitz, erscheint recht zahlreich.

Achtung! Am Sonntag findet ein Pflichtenmarsch nach Königshain statt. Alle Parteigenossen und A.B.-Kameraden treten Sonntag früh um 7.30 Uhr am Diden Turm am Nikolai-graben an. Abmarsch 8 Uhr.

Plötzlicher Tod. Infolge Bluthurzes brach ein 47 Jahre alter, auf dem Steinweg wohnender Mann bei der Polizeiwache unter-markt zusammen. Trotz ärztlicher Hilfe verstarb er.

Sagan

Die freiberger der Roten Hilfe beigetreten. Am 11. 1. fand im Volkshaus die Generalversammlung des Vereins für Freibergerkern und Feuerbestattung statt. Gegenüber der vorangegangenen Versammlung war diese sehr gut besucht. Nachdem der Jahresbericht der einzelnen Ressorts ohne größere Diskussion gegeben worden war, schritt man zur Wahl der Ortsleitung. Durch Klammation wurde dem früheren Vorstand das Vertrauen ausgesprochen und derselbe einstimmig wiedergewählt. Nur im Kulturressort fanden einige Ungruppierungen statt, die von der Versammlung nicht beanstandet wurden. Bei Punkt Verschiedenes lag u. a. auch ein Antrag vor, der den korporativen Beitritt der Ortsgruppe zur Roten Hilfe forderte. Dieser Antrag wurde zum Gegenstand lebhafter Diskussion. Genosse Saude streifte in kurzen Worten die Bedeutung der Roten Hilfe, was den Sozialdemokraten Heil auf den Plan rief. Heil behauptete, daß nicht die Rote Hilfe, sondern die Arbeiterwohlfahrt (!) nur die Interessen der Arbeiterschaft vertrete, und im übrigen sei ja die Rote Hilfe eine „kommunistische“ Organisation. Seine Ausführungen riefen einen Entrüstungssturm unter den Versammlungsteilnehmern hervor. Nun versuchte Heil an Hand des Statuts nachzulegen, daß der Beitritt organisationswidrig sei, was ihm durch Genossen Langner widerlegt wurde. Jetzt zeigte sich so recht das wahre Gesicht dieses Arbeiterverleumers, indem er erklärte, wenn man dem Antrag zustimme, würde er sich „genötigt“ fühlen, mit seinem Anhang aus-zutreten! Nach einigem Hin und Her wurde Schluß der Debatte beantragt, und mit weit über Zweidrittelmehrheit entschied sich die Generalversammlung für den korporativen Beitritt der Ortsgruppe zur Roten Hilfe mit einem Monatsbeitrag von 4 Mark. Als letztes wurde noch der Ausschluß von G. P. H. wegen organisations-schädigendem Verhalten beschlossen. Mit dem Wahrspruch, in diesem Jahre eine regere Tätigkeit zu entfalten, schloß Genosse R. Schreier die Versammlung.

Schweres Motorradunfall bei Neufals. Auf der Chaussee zwischen Modritz und Ruffen verunglückte ein Motorrad mit seinem Besfahrer. Der Motorradfahrer, ein Mobellschüler aus Neufals, wurde mit einer Gehirnerschütterung in das Neufalzer Krankenhaus eingeliefert, während der Besfahrer mit leichten Verletzungen davonkam.

Glogau

Verschiedenes. Im Jahre 1928 soll nach dem Wohnungsbau-programm des Magistrats der Bau von 102 Wohnungen unter-stützt werden, und zwar die Bauten der Siedlungs-genossenschaften und die Eisenbahn-Bauvorhaben an der Herrnhuter Straße. — Der Magistrat hat einen Teil der Poststraße in Dürerstraße um-benannt.

Goldberg-Haynau

Gagnauer Arbeiter, antwortet auf die Stahlhelmprovokation.

Der Stahlhelm (Bund der Pappsoldaten) macht wieder einmal von sich reden. Wie alljährlich, so planen sie auch an diesem 18. Januar eine sogenannte „Reichsgründungsfeier“. Voranschaltender läßt man sich nur noch einmal im Jahre sehen, da das Häuflein von Jahr zu Jahr kleiner wird (der größte Teil der Landarbeiter hat dem Stahlhelm schon den Rücken gekehrt). Darum muß man zu den letzten Reservieren reifen. Die ganze Kreisgruppe, d. h. der ganze Kreis Goldberg-Haynau und darüber hinaus wird in Marsch gesetzt. Beschließen wir man diesen großen Tag mit einem Massenstreik vor einem eigens dazu gewordenen Zugtier mit Namen „Se. Excellenz Generalleutnant Freiherr v. Watter“. Wer ist nun dieser laubere Freiherr v. Watter? Er ist ein bekannter Freund Noskes. Er führte im Auftrage der derzeitigen Regierung einen Unterdrückungsbeitrag gegen den Arbeiteraufstand an der Ruhr durch und konnte nach dieser Schlichterarbeit seinem Herrn und Gebieter, dem damaligen Reichswehrminister Noske die siegreiche Niederschlagung der Massenbewegten deutschen Arbeiterschaft melden. Arbeitskollegen, Genossen und A.B.-Kameraden! Heraus zur Demonstration am Freitag, dem 20. Januar, 19.30 Uhr im großen Volkshaussaal. Sorgt durch ein gesteigerte Propaganda für einen Massenbesuch.

Die öffentliche Volksversammlung der Roten Hilfe muß eine Protektionsmaßnahme gegen die Verhöhnung unserer im Ruhrkampf gefallenen Genossen werden, darum alles in die Versammlung!

Brand. In Oberbieleau brach auf dem Gehöft des Gemeindevorsetzers Neumann ein Brand aus, dem eine große Scheune mit reichem Inhalt an Getreide, Heu- und Strohvorräten zum Opfer fiel.

Großes Schadenfeuer. In Georgenthal brach am letzten Sonntag früh bei dem Kreisgambesitzer Förster Feuer aus, das das Wohnhaus mit dem Tanzsaal und das ganze Hausinventar vernichtete.

Ein Bahnprojekt, Jauer-Goldberg. Im hiesigen Landratsamt liegt eine Planklage aus über die beabsichtigte Linienführung einer Bahn Jauer-Goldberg. Diese soll von Jauer über Peterwitz, nördlich Herrmannsdorf-Seidau und Braunsitz nach Goldberg zwischen Flensberg und dem Vororte Kaller Berg geführt werden, und Goldberg in südwestlichem Bogen umschließend, in den Bahnhof Goldberg einmünden. Die Strecke ist etwa 26 Kilometer lang. Bahnhöfe bzw. Haltestellen sind für Peterwitz, Herrmannsdorf, Seidau, Braunsitz und Goldberg-Oberort vorgesehen.

Bunzlau

Der brennende Chauffeur. Ein eigenartiger Unglücksfall ereignete sich auf der Straße Oberleschen-Altdorf. Der Kraftwagenführer Ruffigbrodt aus Rittlitzen bemerkte, daß der Motor Feuer gefangen hatte. Als er die Flammen zu erlöchen versuchte, gerieten seine mit Benzin besprühten Kleider in Brand und Ruffigbrodt stand im Ru in hellen Flammen. Von einem vorüberfahrenden Kraftwagenführer wurde er, der bereits schwere Verbrennungen erlitten hatte, zum Arzt geschafft.

Aus dem Riesengebirge

Die neue Zalsperre von Böhmerwald. Die 13 Millionen Kubikmeter fassende neue Zalsperre geht ihrer Vollendung entgegen, soll Anfang Februar probegefahren werden. Sperrmauer, Elektrizitätswerk und Beamtenhäuser sind bis auf Einzelheiten fertiggestellt.

Schwarze Liste

Folgende Ortsgruppen des Bezirks Schlesien der SPD. haben bis heute noch nicht abgerechnet: Sprottau, Hundsfeld, Oplan, Brieg, Sagan, Seieritzhütte, Schweidnitz, Langenbielan, Peterswalbau, Ober-Lautmannsdorf, Reichenbach, Schmiedeberg, Schöndorf, Löwenberg, Landeshut, Geißdorf, Griesenberg, Penzig, Marissa, Frankrad. Wir bitten die Ortsgruppen umgehend bei der Bezirksleitung abzurechnen. Bezirksleitung Schlesien.